



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2009

Arbeitsmarktpolitischer Wandel in Deutschland seit 1991 und das Working Poor-Problem: Einsteiger als Verlierer des Reformprozesses?

Giesselmann, Marco

Abstract: Legitimiert durch den Verweis auf Prozesse der Globalisierung wurden in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen implementiert, die, direkt oder indirekt, auf den Ausbau des Niedriglohnsektors abzielen. Trotzdem konnte in vielen Studien zum „Working Poor“-Problem kein tief greifender Wandel der materiellen Lebensbedingungen von Erwerbstätigen nachgewiesen werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass etablierte Erwerbstätige durch institutionelle Mechanismen weitestgehend vor den Auswirkungen der Reformen (bzw. vor einer Abwertung ihrer Arbeitsmarktposition) geschützt sind. Dieser Schutz besteht allerdings nicht für Personen, die nicht durch vorgelagerte Erwerbstätigkeit abgesichert sind. Dementsprechend zeigen empirische Analysen auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), dass sich niedrig entlohnte Beschäftigung und Armut insbesondere unter Einsteigern auf dem Arbeitsmarkt (aus dem Bildungssystem und bei Übergängen aus der Erwerbslosigkeit) ausgebreitet haben. Die Risiken dieser Gruppen sind in Relation zu allen Erwerbstätigen zwischen 1991 und 2006 überproportional angestiegen. Since the early 1990s, Germany has implemented social and labor market policies directly or indirectly aimed at the expansion of the low-wage sector. Nevertheless, many studies about the working poor have not revealed a serious change in the material living conditions of the employed. This can be explained by the basic constitution of the German welfare state and labor market, which protect established employees from the effects of reforms, and consequently from a decline in their labor market position. However, this does not apply to persons who are not protected because of previous employment. Accordingly, empirical analyses on the basis of the Socio-Economic Panel (SOEP) show that low-wage work and poverty have spread among entrants and re-entrants in the labor market. Thus, with regard to the overall development of the working poor rate, the risks of these groups have increased disproportionately.

DOI: <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2009-0303>

Other titles: Labour policy change in Germany since 1991 and the “Working Poor” problem: entrants and re-entrants as losers of the reform process?

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-188202>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Giesselmann, Marco (2009). Arbeitsmarktpolitischer Wandel in Deutschland seit 1991 und das Working Poor-Problem: Einsteiger als Verlierer des Reformprozesses? *Zeitschrift für Soziologie*, 38(3):215-238.

DOI: <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2009-0303>

Arbeitsmarktpolitischer Wandel in Deutschland seit 1991 und das *Working Poor*-Problem: Einsteiger als Verlierer des Reformprozesses?

Labour Policy Change in Germany since 1991 and the “Working Poor” Problem: Entrants and Re-entrants as Losers of the Reform Process?

Marco Gießelmann*

Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung, Herbert-Lewin-Str. 2, 50931 Köln, Germany
E-Mail: giesselmann@wiso.uni-koeln.de

Zusammenfassung: Legitimiert durch den Verweis auf Prozesse der Globalisierung wurden in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen implementiert, die, direkt oder indirekt, auf den Ausbau des Niedriglohnssektors abzielen. Trotzdem konnte in vielen Studien zum „Working Poor“ – Problem kein tief greifender Wandel der materiellen Lebensbedingungen von Erwerbstätigen nachgewiesen werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass etablierte Erwerbstätige durch institutionelle Mechanismen weitestgehend vor den Auswirkungen der Reformen (bzw. vor einer Abwertung ihrer Arbeitsmarktposition) geschützt sind. Dieser Schutz besteht allerdings nicht für Personen, die nicht durch vorgelagerte Erwerbstätigkeit abgesichert sind. Dementsprechend zeigen empirische Analysen auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), dass sich niedrig entlohnte Beschäftigung und Armut insbesondere unter Einsteigern auf dem Arbeitsmarkt (aus dem Bildungssystem und bei Übergängen aus der Erwerbslosigkeit) ausgebreitet haben. Die Risiken dieser Gruppen sind in Relation zu allen Erwerbstätigen zwischen 1991 und 2006 überproportional angestiegen.

Summary: Since the early 1990s, Germany has implemented social and labor market policies directly or indirectly aimed at the expansion of the low-wage sector. Nevertheless, many studies about the working poor have not revealed a serious change in the material living conditions of the employed. This can be explained by the basic constitution of the German welfare state and labor market, which protect established employees from the effects of reforms, and consequently from a decline in their labor market position. However, this does not apply to persons who are not protected because of previous employment. Accordingly, empirical analyses on the basis of the Socio-Economic Panel (SOEP) show that low-wage work and poverty have spread among entrants and re-entrants in the labor market. Thus, with regard to the overall development of the working poor rate, the risks of these groups have increased disproportionately.

1. Einleitung

Seit Mitte der 1990er Jahre findet in Deutschland ein von politischen Reformen geleiteter Veränderungsprozess der wohlfahrtsstaatlichen Konfiguration und des Arbeitsmarktes statt. Legitimiert wird

dieser Prozess durch Verweise auf technischen und demografischen Wandel sowie Veränderungen in den globalen Rahmenbedingungen (Rieger/Leibfried 1997, Hurrell/Woods 1995, Byrne 2003). Konkrete politische Maßnahmen betreffen *erstens* die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen unternehmerischer Beschäftigungspolitik, *zweitens* die Veränderung der Zumutbarkeitskriterien von Erwerbstätigkeit sowie *drittens* Einschnitte in das soziale Sicherungssystem (Clasen 2005, Steffen 2008), wobei Transferregelungen verstärkt zu Instrumenten arbeitsmarktpolitischer Interessen verformt werden (vgl. Heinelt 2003, Becker/Hauser 2006).

Diese Prozesse zielen direkt oder indirekt auf eine Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und die Verdrängung des *Normalarbeitsverhältnisses* (Mückenberger 1985). Mehrere Arbeiten bele-

* Für Anregungen und produktive Kritik danke ich Hans-Jürgen Andreß, Marlies Gießelmann, Ina Grau, Katharina Hörstermann, Henning Lohmann, Ravena Penning, Anna Skarpelis, Michael Windzio sowie den zwei anonym Gutachtenden und der Herausgeberin/den Herausgebern der ZfS. Der Artikel entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes „Working Poor in Europa: Armut trotz Erwerbstätigkeit“. Die in dieser Studie verwendeten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bereitgestellt.

gen dementsprechend eine Zunahme atypischer Beschäftigungsformen zwischen 1991 und 2007 (z. B. Koch/Becker 2003) bzw. weisen zusätzlich einen Rückgang sozialversicherungspflichtiger, unbefristeter Vollzeitstellen nach (Voss-Dahm 2005, Bäcker 2006, Statistisches Bundesamt 2008). Da atypische Beschäftigung häufig im Niedriglohnsektor angesiedelt ist (Kalina/Weinkopf 2006), verlieren niedrig entlohnte Jobs ihre traditionelle Rolle als zusätzliche Einkommensquelle von Haushalten (Becker 2002) und treten stattdessen zunehmend als Haupteinkommensquelle auf. Weil diese Form von Niedriglohnbezug mit einem hohen Armutsrisiko assoziiert ist (Gießelmann/Lohmann 2008), erscheint die Erhöhung der „*Working Poor*“-Quote in Deutschland im entsprechenden Zeitraum als folgerichtige Erwartung.

Allerdings konnte im Rahmen empirischer Studien diese Vermutung nur begrenzt bestätigt werden: Je nach Definition und Datengrundlage weisen einschlägige Untersuchungen – wenn überhaupt – nur einen marginalen Anstieg des Armutsrisikos Erwerbstätiger aus (z. B. Fritzsche/Haisken-DeNew 2004, Strengmann-Kuhn 2003, Gießelmann/Lohmann 2008). Grund hierfür sind vermutlich institutionelle Mechanismen, welche die Effekte sozial- und arbeitspolitischen Wandels für etablierte Träger bestimmter beruflicher Positionen abfedern. Zu diesen Institutionen gehören einerseits *Gewerkschaften* und andererseits *Regelungen zum Kündigungsschutz*. Die Ergebnisse der zitierten Studien täuschen daher eine Robustheit der erwerbstätigen Bevölkerung gegenüber sozial- und arbeitsmarktpolitischen Wandel vor, da sich Reformimpulse nur an den Rändern der Arbeitsmarktpopulation (bzw. bei Übergängen aus der Nichterwerbstätigkeit in das Erwerbssystem) durchsetzen können und Erhöhungen der Armutsquoten spezifischer Gruppen in der Grundgesamtheit aller Erwerbstätigen verdeckt bleiben. Demnach wären also insbesondere Einsteiger in den Arbeitsmarkt (beim Übergang vom Bildungssystem bzw. aus der Arbeitslosigkeit) einem sich im Zeitverlauf verschärfenden „*Working Poor*“-Risiko ausgesetzt.

Diese Hypothese ist Gegenstand der hier präsentierten Studie. Empirische Untersuchungen zu den Implikationen unterschiedlicher berufsbiographischer Positionen in Deutschland, welche die Entwicklung im Zeitverlauf berücksichtigen, wurden bisher von Blossfeld und Mills (2003), Bispinck und Schäfer (2005), Gangl (2003) sowie dem Statistischen Bundesamt (2008) vorgelegt.¹ Die in diesen Studien ver-

wendeten Zielvariablen beziehen sich allerdings ausschließlich auf individuelle Arbeitsbedingungen. Veränderungen des Armutsrisikos (oder anderer Indikatoren materieller Lebensbedingungen) werden nicht untersucht. Überdies reicht das Beobachtungsfenster der zitierten Studien (abgesehen von dem rein deskriptiven Bericht des Statistischen Bundesamtes) maximal bis zum Ende der 1990er Jahre – die oben skizzierten Arbeitsmarktprozesse werden daher nur am Rande erfasst. Zudem bilden die Analysen zwar den Wandel der Arbeitsmarktsituation von Einsteigern aus dem Bildungssystem ab, doch die Veränderungen für Übergänger aus der Erwerbslosigkeit (im Folgenden „Wiedereinsteiger“ genannt) bleiben unbeleuchtet. Somit liegen hinreichende empirische Belege zur oben formulierten Hypothese bisher nicht vor. Zu ihrer Prüfung wird im Rahmen dieser Studie eine empirische Analyse zu den Veränderungen des Armutsrisikos beim Ein- oder Wiedereinstieg in das deutsche Erwerbssystem zwischen 1991 und 2006 auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) durchgeführt.

Zuvor wird im nächsten Abschnitt des Artikels der Reformprozess in Deutschland seit 1991 systematisch aufgearbeitet. Anschließend werden im dritten Abschnitt die Schutzmechanismen in den Kontextbedingungen des Arbeitsmarktes genauer erläutert. Der vierte Abschnitt vereint schließlich die theoretischen Stränge der Arbeit und enthält konkrete Vorschläge zu Veränderungen des Armutsrisikos spezifischer Arbeitsmarktgruppen. Nach der Beschreibung der Daten und Methoden in Abschnitt 5 werden diese anschließend in Abschnitt 6 empirisch untersucht.

2. Sozial- und arbeitsmarktpolitischer Wandel in Deutschland

In diesem Abschnitt wird zunächst ein Schema entwickelt, auf dessen Grundlage die einzelnen, sequenziell implementierten Reformpakete seit 1991

nen zwischen 1984 und 1998 signifikant vergrößert hat. Bispinck und Schäfer (2005) weisen nach, dass das Niedriglohnrisiko von Personen unter 25 Jahren zwischen 1980 und 1997 überproportional angestiegen ist. Gangl (2003) untersucht die Veränderung der Arbeitslosenquote unter Berufseinsteigern und stellt fest, dass diese zwischen 1990 und 1997 nahezu kontinuierlich von 6% auf 14% gestiegen ist. Daten des Mikrozensus² (Statistisches Bundesamt 2008) zeigen, dass der Anteil atypischer Beschäftigter unter den 15- bis 25-Jährigen zwischen 1997 und 2007 um das Doppelte gewachsen und somit deutlich überproportional angestiegen ist.

¹ Blossfeld und Mills (2003) zeigen, dass sich der Anteil an Berufseinsteigern in unsicheren Arbeitsmarktpositio-

kategorisiert werden können. Schließlich soll auf Basis dieser Kategorisierungen der Beobachtungszeitraum in mehrere, in sich geschlossene Abschnitte des Reformprozesses unterteilt werden.

Will man die wesentlichen Implikationen des Reformprozesses in Deutschland herausarbeiten, so lässt sich feststellen, dass die eingeführten Regelungen auf die Veränderung von drei Komponenten in den Kontextbedingungen des Arbeitsmarktes zielen: *Zumutbarkeit*, *Deregulierung* und *Kommodifizierung* (vgl. Koch/Walwei 2005, Seifert 2005). *Zumutbarkeit* bezeichnet das Ausmaß, bis zu dem ein formell akzeptabler Job von dem Standard abweichen darf, der durch das Qualifikationsniveau und ggf. vorherige Erwerbstätigkeiten definiert wird. *Deregulierung* bezieht sich auf den Grad an Diversität von Beschäftigungsformen, die durch Gesetzesänderungen ermöglicht und forciert werden. Mit *Kommodifizierung* ist, in Anlehnung an die klassische Definition Esping-Andersens (1990), die Ausprägung materieller Anreizschemata zur Aufnahme oder Beibehaltung von Erwerbstätigkeit gemeint. Maßnahmen, die auf eine Erhöhung des Grades an Kommodifizierung zielen, schließen in erster Linie Reduktionen der Arbeitslosenunterstützung (und sonstiger materieller Hilfen) ein. Allerdings determinieren auch die Bedingungen des Bezugs der Lohnersatzleistungen die Marktabhängigkeit einer Person. Neben Einschnitten in das Sicherungssystem gelten daher auch Verschärfungen der Bezugsbedingungen bzw. die Implementation von Sanktionsmöglichkeiten als kommodifizierende Maßnahmen. Zusammen ermöglichen diese Begriffe eine klare Abgrenzung der unterschiedlichen Wirkungsebenen der Reformen: *Deregulierung* ordnet die Angebotsstruktur des Arbeitsmarktes neu, die Verschärfung von *Zumutbarkeit* legt ein Einordnungsraster über den neu gebildeten Markt, *Kommodifizierung* forciert die Integration in dieses Raster.

Die zwischen 1991 und 2006 implementierten Reformpakete wirken in der Regel auf allen drei eingeführten Ebenen. Allerdings werden die unterschiedlichen Aspekte mehr oder weniger stark akzentuiert. Das *Arbeitsmarktförderungsreformgesetz* (AFRG), das 1997 verabschiedet wurde, gilt als erster elementarer Einschnitt in die gesamtdeutsche Arbeitsmarktpolitik (Rabe/Schmid 1999, Feil et al. 2008). Schwerpunkt dieser Reform ist die Veränderung von *Zumutbarkeit*. Die Neujustierung formeller Kriterien betrifft dabei sowohl das Qualifikationsniveau als auch das Gehalt und die Erwerbsform (Clasen 2005). Parallel dazu werden atypische Beschäftigungsformen gefördert, da der Gesetzgeber nun einerseits sogenannte *befristete*

Eingliederungsverhältnisse von der Sozialversicherungspflicht befreit und andererseits Beschäftigungen in Kleinbetrieben gezielt subventioniert (Steffen 2008).

Das *Job-Aktiv* Gesetz (2002) erhöht im beobachteten Zeitraum erstmals den *Grad an Kommodifizierung*, da bei unkooperativem Verhalten und vorsätzlicher Verhinderung einer Arbeitsaufnahme nun der Bezug von Leistungen gesperrt werden kann (Steffen 2008). Zudem werden die Bedingungen zur Leih- und Zeitarbeit gelockert und parallel dazu Regelungen zur staatlichen Förderung befristeter Vertretungsstellen implementiert (Clasen 2005). Schließlich vergrößert der Gesetzgeber das Spektrum zumutbarer Tätigkeiten um *Zeitarbeit* und adressiert somit im Rahmen des *Job-Aktiv* Gesetzes alle drei Dimensionen in etwa gleichmäßig.

Beim zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (*Hartz II-Reform*), das zum 1. April 2003 in Kraft trat, dominiert das Motiv der *Deregulierung*. So werden die Voraussetzungen zur Realisierung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (*Mini-* und *Midi-Jobs*) und befristeter Arbeitsverträge gelockert (Bäcker 2006, Koch/Bäcker 2003). Zudem fördert der Gesetzgeber mit der Einführung des *Existenzgründungszuschusses* und der Legitimierung sogenannter *scheinselbstständiger Beschäftigungsverhältnisse* gezielt selbstständige Arbeit. Weniger drastisch, aber ebenfalls relevant sind Veränderungen des Grades an Kommodifizierung im Zusammenhang mit einer Absenkung der Freibeträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe (Steffen 2008).

Das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (*Hartz IV-Reform*, 2005) begrenzt die Bezugsdauer Status sichernder Arbeitslosenunterstützung auf 12 Monate. Nach Ablauf dieses Zeitraums greift nun das steuerfinanzierte *Arbeitslosengeld II*, dessen Niveau in etwa dem der Sozialhilfe entspricht und das unter dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit, d. h. unter Anrechnung aller Einkommen auf der Haushaltsebene, gewährt wird (vgl. Becker/Hauser 2006). Diese Maßnahmen, die auch als starke implizite Sanktionierung von Arbeitslosigkeit gewertet werden können, erhöhen den Grad an *Kommodifizierung* drastisch. Ein zusätzlicher Aspekt des Reformpaketes ist die Verschärfung der *Zumutbarkeit* durch die Kopplung des Transferbezuges an die Bereitschaft, jede sittenkonforme Arbeit und Eingliederungsmaßnahme zu akzeptieren (vgl. Heinelt 2003, Bispinck/Schäfer 2005). Tabelle 1 fasst die Ausführungen auf Grundlage der eingeführten Begriffe zusammen. Gleichzeitig kon-

Tabelle 1 Implikationen zentraler arbeits- und sozialpolitischer Reformpakete in Deutschland zwischen 1991 und 2006

Reformpaket	Wirksam ab	Zumutbarkeit	Wirkungsebene	
			Deregulierung	Kommodifizierung
AFRG	1998	++	+	
Job-Aktiv	2003	+	+	+
Hartz 2	2004		++	+
Hartz 4	2006	+		++

Erläuterung: „+“ für „Erhöhung“, „++“ für „Erhöhung und Reformschwerpunkt“

situieren die drei Ebenen die Achsen eines Koordinatensystems, in das der Status des Reformprozesses in Deutschland eingeordnet werden kann. Auf Grundlage dieses (dreidimensionalen und daher nicht illustrierbaren) Koordinatensystems soll der untersuchte Zeitraum im nächsten Schritt in mehrere Phasen unterteilt werden, die sich jeweils durch relativ starke Konsistenz hinsichtlich der Koordinaten auszeichnen. Bei der Einteilung ist zu berücksichtigen, dass die skizzierten Gesetzesänderungen nicht immer zum Jahresbeginn in Kraft treten. Viele Reformen werden außerdem aufgrund von Übergangsregelungen oder Vorlaufzeiten erst nach einer bestimmten Latenzzeit relevant. Die folgende Zuordnung beruht daher auf der Annahme, dass die legislativen Veränderungen jeweils ab dem nächsten Jahresbeginn nach ihrer Implementation auf individuelle Arbeits- und Lebensbedingungen durchschlagen.

Die Tabelle verweist noch einmal darauf, dass die hier behandelten Reformen sämtlich in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums angesiedelt sind. Dies reflektiert die starke arbeits- und sozialpolitische Konstanz in der Phase vor 1997 (vgl. Zohlnhöfer 2001),² in der lediglich die Zuwendungshöhe im Rahmen der Arbeitslosenhilfe (1994 und 1996) um wenige Prozentpunkte verringert wurde (Clasen 2005). Entsprechend bilden die Jahre zwischen 1991 und 1997 die erste Phase des Untersuchungszeitraums.

Deutlich wird außerdem eine Verlagerung der Reformschwerpunkte im Zeitverlauf: Stand zunächst die Neugestaltung von Zumutbarkeitskriterien und die Förderung atypischer Beschäftigungsverhältnisse im Vordergrund, implizieren spätere Reformen hauptsächlich Sanktionen und Eingriffe in das

Transfersystem, adressieren also schwerpunktmäßig den Grad an Kommodifizierung. So ist der Zeitraum von 1998 bis 2002 dadurch gekennzeichnet, dass keine Prozesse implementiert wurden, die (über vorhandene Regelungen hinaus) materielle Einschränkungen bei Nicht-Eingliederung in den Arbeitsmarkt vorsehen. Dementsprechend konstituieren die Jahre 1998 bis 2002 die zweite Phase des Reformprozesses. Ab 2003 fand schließlich eine Erhöhung des Grades an Kommodifizierung statt. Der Zeitraum 2003 bis 2006 bildet dementsprechend eine weitere, eigenständige Phase des Reformprozesses.

Auf Grundlage des entwickelten Schemas können also innerhalb des Untersuchungszeitraumes drei Phasen mit jeweils relativ konsistenten Reform-Koordinaten identifiziert werden: Der von sozial- und arbeitsmarktpolitischer Konstanz geprägte Zeitraum von 1991 bis 1997, der sich durch Deregulierungsmaßnahmen und der Neujustierung von Zumutbarkeitskriterien auszeichnende Abschnitt von 1998 bis 2002 sowie die von starken Einschnitten in das Transfersystem begleitete Phase von 2003 bis 2006.

Durch die im Rahmen des hier skizzierten Reformprozesses vorgenommenen legislativen Veränderungen bekommen einerseits Arbeitgeber verstärkt die Möglichkeit, prekäre, vom Normalarbeitsverhältnis abweichende Beschäftigungsverhältnisse anzubieten, für die vorher keine geeigneten Rahmenbedingungen bestanden. Andererseits bestehen für Arbeitnehmer nun größere Anreize, solche Beschäftigungen aufzunehmen. Die Auswirkungen der Reformen auf die konkreten Arbeits- und (materiellen) Lebensbedingungen werden allerdings moderiert durch weitere Elemente des institutionellen Kontextes, die bestimmte Arbeitnehmer systematisch vor den Folgen der legislativen Veränderungen abschirmen. Diese Schutzmechanismen strukturieren also die Reformbetroffenheit nach Arbeitsmarktpositionen und müssen demzufolge zunächst aufgearbeitet werden, um konkrete Hypothesen zu den Auswirkungen der Reformen formulieren zu können.

² Zurückgeführt wird dies auf die komplexe politische Situation in Deutschland zwischen 1990 und 1998 (vgl. Clasen 2005), die ungewohnte und von Unsicherheit geprägte Situation nach der Wiedervereinigung (vgl. Heinelt/Weick 1998) sowie den ökonomischen Boom in den achtziger Jahren, der das Vertrauen in die vorhandenen Instrumente nachhaltig geprägt hat (vgl. Kaufmann 1997).

3. Auswirkungen des sozial- und arbeitsmarktpolitischen Wandels

Im Folgenden sollen die Vermutungen zur Selektivität der Auswirkungen des skizzierten sozial- und arbeitspolitischen Wandels begründet und somit die widersprüchlichen empirischen Ergebnisse zur Entwicklung von Prekaritätsrisiken erklärt werden. Dazu werden die wichtigsten auf Statusbehalt abzielenden Mechanismen der institutionellen Rahmenbedingungen des deutschen Arbeitsmarktes skizziert, nämlich *erstens* die Mitgliederorientierung gewerkschaftlichen Handelns und *zweitens* Regelungen zum Kündigungsschutz.

Gewerkschaftliche Führungskräfte sind durch das Wahlprinzip, auf dem die Ausübung ihrer Funktion beruht, an Mitgliederpräferenzen gebunden (vgl. Sesselmeier/Blauermel 1997). Da sich die Mitgliedschaft vorwiegend aus etablierten Erwerbstätigen zusammensetzt, handeln Gewerkschaften dementsprechend eher im Sinne der „Insider“ als der „Outsider“ (vgl. Keller 1999). Als verlängerter Arm der beschäftigten Arbeitnehmer verlagern Gewerkschaften daher durch ihre spezifischen Druckmittel den Fluss betrieblicher Ressourcen des Personaleinsatzes auf die Besitzer von Arbeitsplätzen. Potenzielle Einsteiger und Wiedereinsteiger können den Macht- und Verhandlungsinstrumenten, die „Insidern“ durch ihre gewerkschaftliche Organisation zur Verfügung stehen, kein Gewicht entgegenzusetzen. Dementsprechend kann beobachtet werden, dass ein besonders großer, von Politikern, Presse und insbesondere Gewerkschaften getragener Protest immer dann durch das Land geht, wenn bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern in ihren Privilegien – beispielsweise durch Ausgliederung in „Service Center“, Arbeitszeitverkürzung etc. – beschnitten werden sollen. Einsteiger dagegen haben keine Lobby, die Forderungen nach abgesicherten, geregelten Beschäftigungsverhältnissen vermittelt und akzentuiert. Selbst unter der Annahme, dass große Teile der Personen an der Schwelle zwischen Ausbildung und Beruf gewerkschaftlich organisiert sind, kann davon ausgegangen werden, dass ihre Interessen gemessen am Bevölkerungsanteil unterproportional vertreten werden. So sagen Untersuchungen der Rolle gewerkschaftlicher Führungskräfte (unter Berücksichtigung einer Rationalität, welche auf die Maximierung der Chancen einer Wiederwahl abzielt) eine Orientierung gewerkschaftlichen Handelns an Mitgliedern mittlerer Seniorität voraus (Oswald 1995, Bernholz/Breyer 1994).

Angehörige der Kernbelegschaft (bzw. die „Insider“) werden also durch gewerkschaftliches Han-

deln vor den Folgen arbeits- und sozialpolitischer Reformen, die beispielsweise die Einrichtung atypischer Beschäftigungsverhältnisse erleichtern, in großem Maße geschützt. Dieses Handeln geht teilweise zu Lasten der Ein- und Wiedereinsteiger, deren gewerkschaftliche Absicherung wesentlich schwächer ausgebildet ist. Der Sachverständigenrat (2002: 259) konstatiert dementsprechend, dass im Jahre 2001 einerseits Besitzer von Arbeitsplätzen vielfach in den Genuss von Lohnerhöhungen durch Tarifabschlüsse kamen, gleichzeitig aber Einstiege in Normalarbeitsverhältnisse erschwert wurden. Auch Blossfeld und Mills (2003) betonen, dass sich aufgrund des nach wie vor hohen Niveaus an Zentralität des Lohnverhandlungssystems atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf Personen konzentrieren, die einen Zugang zum Arbeitsmarkt suchen. Empirische Evidenz für einseitiges, auf Insider fokussiertes tarifpolitisches Handeln der Gewerkschaften bieten z.B. die zentralen Lohnverhandlungen in der Chemieindustrie, in deren Rahmen seit einigen Runden niedrige, außertarifliche Entlohnungen bei Erst- und Wiedereinstellungen vereinbart worden sind (vgl. Bispinck 2008).

Ein zweites wichtiges stratifizierendes Element des Arbeitsmarktes in Deutschland sind *Regelungen zum Kündigungsschutz*. Viele Arbeitnehmer in Deutschland erwerben mit einer fortdauernden Betriebszugehörigkeit zunehmende Immunität gegenüber Entlassungen und graduell dem Statusverlust (OECD 2004, WSI 2003). Zugespielt ist die Eigenschaft in der Rolle des Beamten, der nach einer Probezeit in der Regel per Gesetz so fest in seinem mit vielen Privilegien ausgestatteten Status verankert ist (vgl. Müller/Gangl 2003), dass eine Reduzierung dieser Privilegien praktisch nicht möglich ist. Arbeitspolitischer Wandel kann sich also in vielen Fällen kaum gegenüber an Seniorität gekoppelten Schutzbestimmungen durchsetzen. Die Option, Arbeitsverträge den gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, besteht in der Regel ausschließlich zum Zeitpunkt ihrer Ausgestaltung, kann also nur bei Einsteigern und Wiedereinsteigern realisiert werden. Auf diese Weise werden Reformimpulse auf die betrachteten Randgruppen des Arbeitsmarktes abgewälzt.³

Es lässt sich also feststellen, dass Effekte der Reformen durch die Konstitution der institutionellen Rahmenbedingungen kanalisiert werden: Kom-

³ Einen ähnlichen Effekt ausgeprägter Regelungen zum Kündigungsschutz belegen bzw. erklären Esping-Andersen (2000) und Gangl (2004) in Bezug auf das Arbeitslosigkeitsrisiko.

modifizierungs- und Deregulierungsmaßnahmen dringen aufgrund des gewerkschaftlichen Einflusses sowie umfassender Regelungen zum Kündigungsschutz und gegen Statusverlust zu großen Teilen der Bevölkerung nicht vor. Erwerbslose sowie junge Personen, die sich am Übergang zwischen Ausbildungs- und Erwerbssystem befinden, werden dagegen nicht durch das Senioritätsprinzip und Gewerkschaften vor den negativen Implikationen des Reformprozesses geschützt. An der Schnittstelle zwischen *Ausbildung* und *Beruf* bzw. zwischen *Arbeitslosigkeit* und *Erwerbstätigkeit* sollten dementsprechend sozial- und arbeitspolitische Maßnahmen besonders deutlich sichtbar werden.

Im nächsten Abschnitt werden die Überlegungen aus diesem und dem vorherigen Kapitel kurz zusammengefasst und die auf ihrer Basis entwickelten Hypothesen vorgestellt.

4. Hypothesen

Wie dargestellt kommt es in Deutschland seit 1991 aufgrund des Wandels arbeits- und sozialpolitischer Rahmenbedingungen zu einer Ausbreitung atypischer Beschäftigungsformen unter Hauptverdienern. Solche Beschäftigungen sind mit einem hohen Armutsrisiko assoziiert. Allerdings ist ein Großteil der Beschäftigten, nämlich im Arbeitsmarkt etablierte Erwerbstätige, vor dem Absinken ihres Beschäftigtenstatus relativ gut geschützt, denn Wandel- und Reformimpulse stehen in Deutschland in starker Konkurrenz zu institutionellen Regelungen, die auf Statuserhalt abzielen. Legislative Veränderungen können also am ehesten bei Übergängen in das Erwerbssystem auf individueller Ebene wirksam werden. Deswegen konzentrieren sich die geförderten prekären Erwerbsgelegenheiten bei den Randgruppen des Arbeitsmarktes. *Das Armutsrisiko von Einsteigern und Wiedereinsteigern ist folglich seit 1991 überproportional angestiegen (H1).*

Die genannten Randgruppen verbindet die Gemeinsamkeit, dass sie, im Gegensatz zu den Insidern des Arbeitsmarktes, den Folgen der Reformen ungeschützt ausgesetzt werden. Daraus kann jedoch kein einheitlicher Effekt der verhandelten Maßnahmen zwischen den einzelnen Randgruppen abgeleitet werden: Aufgrund spezifischer Charakteristika wirken Veränderungen in den drei beschriebenen Reformebenen für Einsteiger und Wiedereinsteiger unterschiedlich. Die im Rahmen eines einfachen Insider/Outsider-Schemas bisher als homogen behandelten Gruppen werden daher von den beschriebenen Reformen in verschiedener Intensität betroffen.

So neutralisiert eine zeitlich unbegrenzte Gehaltsorientierung der Ersatzleistung (bzw. ein niedriger Grad an Kommodifizierung) den Effekt veränderter Regelungen zum Qualifikationsschutz, weil eine Fortsetzung der Erwerbslosenphase auf relativ hohem materiellem Niveau als Rückzugsmöglichkeit bestehen bleibt. Voraussetzung ist allerdings, dass durch vormalige Erwerbstätigkeit entsprechende Ansprüche erworben wurden. Die Veränderung von Zumutbarkeitskriterien sowie Maßnahmen zur Deregulierung greifen daher als eigenständige Effekte bei Wiedereinsteigern in den Arbeitsmarkt nur eingeschränkt, denn ihre Wirksamkeit ist in dieser Gruppe stark von der Ausgestaltung des Transfersystems abhängig. Erst bei zusätzlicher Implementation von kommodifizierenden Maßnahmen kann eine Redefinition von Zumutbarkeitskriterien stärker Wirkung zeigen und größere Anreize zur Aufnahme institutionell geförderter, atypischer Beschäftigungsformen setzen. Wie bereits dargelegt treten kommodifizierende Maßnahmen allerdings zeitversetzt zu Veränderungen auf den anderen beiden Reformebenen in Kraft, nämlich erst ab 2003 (vgl. Tabelle 1). *Ein überproportionaler Anstieg des Armutsrisikos von Wiedereinsteigern ist daher insbesondere in der dritten Phase des Reformprozesses zu erwarten (H2).*

Für Personen an der Schwelle zwischen Ausbildung und Beruf sind die im Rahmen des Reformprozesses erfolgten Anhebungen des Grades an Kommodifizierung weniger relevant, da in dieser Gruppe noch keine über die Grundsicherung hinausgehenden Ansprüche erworben wurden, aus denen ein großes Drohpotenzial abgeleitet werden könnte – für denjenigen, der keine Bezugsrechte hat, stellt ihre Kürzung keine Sanktion dar. Es besteht also für potenzielle Einsteiger keine Rückzugsmöglichkeit auf hohe Lohnersatzleistungen. Potenzielle Einsteiger sind auf das Angebot des Arbeitsmarktes angewiesen und werden daher bereits bei zunehmender Deregulierung verstärkt in atypische Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Die Implementation von Regelungen, die solche Erwerbsgelegenheiten fördern, erfolgt sukzessiv ab 1998 (vgl. Tabelle 1). *Ein überproportionales Wachstum der Armutsquoten ist für Einsteiger daher bereits ab der zweiten Phase des Untersuchungszeitraums zu erwarten (H3).*

Neben differenzierten Vorhersagen für Einsteiger und Wiedereinsteiger erscheinen zudem Unterscheidungen innerhalb der Gruppe der Wiedereinsteiger angebracht. So adressieren viele der im Rahmen der Hartz-Reformen eingeführten Regelungen explizit die Empfänger von Arbeitslosenhilfe, also *Langzeitarbeitslose*. Entsprechend muss überprüft werden,

ob die Erwerbsbiografie von Wiedereinsteigern nicht nur ihr Prekaritätsrisiko strukturiert (z. B. Ludwig-Mayerhofer 1992), sondern ob auch Disparitäten im Trendeffekt zwischen Wiedereinsteigern mit unterschiedlich intensiven Arbeitslosigkeitserfahrungen bestehen. Deshalb werden in der multivariaten Analyse Wiedereinsteiger nach Dauer der vorangegangenen Phase der Arbeitslosigkeit in *vormals Langzeitarbeitslose* und *vormals nicht Langzeitarbeitslose* differenziert.

5. Daten und Methoden

In der empirischen Analyse wird, den Hypothesen entsprechend, der Zusammenhang zwischen Armut und (Wieder-) Einstiegen im Zeitverlauf untersucht. Zudem werden die dargelegten Begründungen für die vermuteten Entwicklungen auf empirische Konsistenz überprüft und denkbare Alternativerklärungen ausgeschlossen. Zunächst müssen allerdings die verwendete Datenbasis sowie Operationalisierungen der abhängigen und unabhängigen Merkmale ausführlich erläutert werden, da die Komplexität der Konzepte von Einstieg und Wiedereinstieg die Verknüpfung unterschiedlicher, zu verschiedenen Zeitpunkten gewonnener Informationen erfordert.

5.1 Stichprobe

Grundlage der empirischen Analyse ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Obgleich die Operationalisierung der Konzepte auf personenspezifischen Längsschnittinformationen beruht, werden in den empirischen Analysen die Befragungswellen 1991 bis 2006 als Serie von Querschnittserhebungen behandelt. Um die gleichermaßen erhebungstechnisch bedingte als auch durch spezielle Forschungsinteressen motivierte Über- bzw. Unterrepräsentation bestimmter sozio-demografischer Gruppen zu korrigieren, werden in sämtlichen Analysen die von der SOEP-Forschungsgruppe bereitgestellten Querschnittsgewichte (vgl. Pischner 2007) verwendet. Die Population besteht aus Erwerbstätigen in privaten Haushalten. Die Größe der Stichprobe variiert erhebungsbedingt zwischen 7.217 (1997) und 13.220 (2000) Personen pro Jahr. Insgesamt liegen 146.260 Beobachtungen (davon 108.383 in West- und 37.877 in Ostdeutschland) vor, die sich auf 24.770 mehrfach befragte Personen verteilen.

5.2 Operationalisierung

Armut wird auf der Basis des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens gemessen.⁴ Um Unterschiede im Bedarf von Haushalten zu berücksichtigen, wird jedem Haushalt ein Gewicht entsprechend seiner Größe und Zusammensetzung auf der Grundlage der modifizierten OECD-Äquivalenzskala zugewiesen. Unter der Annahme, dass der Quotient aus Haushaltseinkommen und -gewicht, das *äquivalenzskalierte Haushaltsnettoeinkommen*, ein valider Indikator des materiellen Wohlstandes eines Haushaltes ist, wird es in allen Analysen zur Berechnung und Bestimmung von Armut verwendet. Als *arm* gelten Personen in Haushalten mit einem äquivalenzskalierten Einkommen, das weniger als 60 Prozent des Medians der Verteilung (berechnet für Gesamtdeutschland) beträgt. Somit wird ein Maß verwendet, das sich sowohl in der nationalen als auch der internationalen Armutsforschung etabliert hat (vgl. Andreß/Lohmann 2008). Ein Niedriglöhner ist in dieser Arbeit definiert als Erwerbstätiger, der weniger als zwei Drittel des gesamtdeutschen Medians der monatlichen Nettoerwerbseinkommen verdient. Dabei wird nur das Haupteinkommen berücksichtigt und keine Löhne ggf. vorhandener Nebenjobs.

Als *erwerbstätig* gelten Personen zwischen 17 und 64 Jahren, die mindestens eine Stunde pro Woche arbeiten. Allerdings werden Schüler, Auszubildende⁵ und Studenten, die jünger als 28 Jahre alt sind, sowie Zivil- und Wehrdienstleistende ausgeschlossen. Diese Grenzzsetzung orientiert sich an sozialpolitischen Konventionen: Die Zuteilung spezifischer finanzieller Zuwendungen, wie beispielsweise BAföG und Kindergeld, erfolgt in der Regel nur beim Unterschreiten dieser Altersgrenze. Ein erwerbstätiger Student, der älter als 27 Jahre ist, verliert daher, zumindest partiell, die gesellschaftliche Anerkennung als Student und wird dementsprechend als Erwerbstätiger klassifiziert.⁶ Um die Definitionen von Be-

⁴ Im SOEP wird diese Information über die so genannte „Einkommens-Screener“-Frage erhoben: „Wenn man alle Einkünfte zusammennimmt: Wie hoch ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder heute? Bitte geben Sie den monatlichen Netto-Betrag an, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Regelmäßige Zahlungen wie Renten, Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu! Falls nicht genau bekannt: Bitte schätzen Sie den monatlichen Betrag.“

⁵ Umschüler und Personen in beruflichen Weiter- oder Fortbildungsmaßnahmen gelten hierbei nicht als Auszubildende.

⁶ „Erwerbstätigkeit“ ist in dieser Arbeit somit verhältnismäßig

rufstätigkeit und Berufseinstieg konsistent zu halten, ist die Abgrenzung von Ausbildungs- und Erwerbstätigkeit von besonderer Bedeutung: Personen, die nur übergangsweise zur Überbrückung zweier Ausbildungsphasen arbeiten, gelten daher als *nicht erwerbstätig*, selbst wenn die formalen Kriterien zum Zeitpunkt der Messung erfüllt werden (vgl. Konietzka 1998). Dauert die Übergangsphase indes länger als zwei Jahre an, wird die anschließende Ausbildungsphase als Unterbrechung einer bereits begonnenen Erwerbskarriere eingeordnet.

Entsprechend der zu überprüfenden Hypothesen sind Übergänge in die oben definierte Erwerbstätigkeit (aus dem [Aus-] Bildungssystem bzw. aus der Arbeitslosigkeit) die wichtigsten unabhängigen Faktoren in den Analysen. Als *Einsteiger* zu einem Beobachtungszeitpunkt t gelten erwerbstätige Personen, die ihren ersten Job innerhalb der letzten drei Jahre vor der Befragung aufgenommen haben, also während des Intervalls $[t-3, t]$ vom Ausbildungs- oder (Hoch)Schulsystem in das Erwerbsystem übergegangen sind. Die Länge der Periode, die hierbei als Einstiegsphase definiert wird, trägt dem stufenhaften Charakter des Eintritts in die Erwerbstätigkeit Rechnung (vgl. Scherer 2001, Gangl 2003). Bereits in der Variable zur Erwerbstätigkeit ist die Entscheidung angelegt, die Ausbildungszeit nicht zur Einstiegsphase zu zählen. Das Ausbildungssystem zeichnet sich durch eine starke Anbindung an staatliche Institutionen aus und konstituiert somit einen eigenständigen, von vielen Prozessen auf dem Arbeitsmarkt abgeschirmten Bereich (vgl. Scherer 2001). Als Einstieg in den Arbeitsmarkt wird daher der Übergang in die erste Erwerbstätigkeit nach der Ausbildung und ggf. vorhandener Überbrückungsphasen (s. oben) betrachtet. Diese Konzeptionalisierung erscheint auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Bewertungen von niedrigen, nicht den Lebensunterhalt tragenden Einkommen sinnvoll. Die Tatsache, dass die (z. T. staatlich geregelten) Erwerbseinkommen in den meisten Ausbildungsberufen weit unter dem sozio-kulturellen Existenzminimum liegen, deutet darauf hin, dass geringe

Einkommen innerhalb der Ausbildungsphase in wesentlich stärkerem Ausmaß sozial akzeptiert werden, als dies bei Erwerbstätigen nach der Ausbildungsphase der Fall ist.

Operationalisiert wird die Einstiegsinformation auf Grundlage eines Itemkomplexes, der berufliche Veränderungen zwischen der jeweils aktuellen und der unmittelbar vorgelagerten Befragungswelle misst. Innerhalb dieses Komplexes wird eine mögliche erstmalige Erwerbstätigkeit explizit abgefragt. Allerdings ist der genaue Zeitpunkt einer biographischen Veränderung in der Erinnerung der Befragten häufig verzerrt. Dementsprechend neigen Befragte dazu, ein singuläres Ereignis in aufeinander folgenden Wellen mehrfach zu berichten. Um solche Doppelnennungen auszuschließen, wird zur Identifikation des Einstiegszeitpunktes eine im Datensatz bereitgestellte generierte Variable verwendet, die zusätzlich zum zeitpunktspezifischen Beantwortungsschema Längsschnittinformationen berücksichtigt und entsprechend korrigierte (bzw. konsistente) Informationen zur Erwerbsbiografie enthält. Werden zum demgemäß identifizierten Einstiegszeitpunkt die Kriterien von Erwerbstätigkeit nicht erfüllt (weil die Person sich z. B. weiterhin in der Ausbildungsphase oder im Übergang zwischen zwei Ausbildungsphasen befindet), wird der Beginn der dreijährigen Einstiegszeit auf den ersten beobachtbaren Zeitpunkt verschoben, an dem nach der oben gegebenen Definition eine Erwerbstätigkeit vorliegt.⁷

Auf der Grundlage der bisher präsentierten Operationalisierung können Personen, bei denen der Zeitpunkt des Berufseinstiegs außerhalb des individuellen Beobachtungsfensters liegt, nicht als *Einsteiger* identifiziert werden. In solchen Fällen stützt sich die Bestimmung des Einstiegszeitpunktes auf der retrospektiv erhobenen Information zum Alter bei der ersten Berufstätigkeit. Diese Information, die üblicherweise im Rahmen des Biografieinterviews der ersten Befragung einer Person erhoben wird, beruht auf einer Erinnerungsleistung der Untersuchungsperson und ist daher weniger zuverlässig (und somit anfälliger für Verzerrungen) als die unmittelbar gewonnene Information über den Berufseinstieg. Allerdings ist bei Berufseinsteigern die Zeitspanne zwischen abgefragtem Ereignis und Erhebungszeitpunkt relativ klein, nämlich höchstens drei Jahre. Mögliche Verzerrungen werden daher als geringfügig eingeschätzt und dem konfliktieren-

mäßig eng definiert und auf Personen beschränkt, deren außerfamiliäre Rolle primär die des Erwerbstätigen ist. Veränderungen im Ausmaß von Nebenerwerbstätigkeit, beispielsweise von Studenten, sind zwar durchaus ernst zu nehmende Folgen aktuellen sozial- und bildungspolitischen Handelns, die in dieser Studie adressierten Zusammenhänge sollen allerdings isoliert von Entwicklungen, die eher auf Veränderungen des Bildungssystems als des Arbeitsmarktes beruhen, untersucht werden.

⁷ Eine Übersicht zu den verwendeten Original-Variablen befindet sich im Anhang des Artikels (Tabelle A1). Dies gilt auch für alle weiteren Konzepte.

den Ziel eines optimalen Ausschöpfens der in der Stichprobe vorhandenen Information untergeordnet. Insgesamt können 8692 Beobachtungen innerhalb der (gepoolten) Stichprobe ermittelt werden, die nach der dargelegten Definition Berufseinsteiger betreffen. Dabei variiert die Anzahl auf Jahresbasis zwischen 445 (1995) und 725 (2000).

Als Wiedereinsteiger gelten Personen, die sich in einer Erwerbsphase befinden, der eine Phase der Arbeitslosigkeit vorausging. Darunter fallen nicht diejenigen Personen, bei denen die Phase der Arbeitslosigkeit direkt an die Ausbildungsphase angeschlossen ist (diese Personen gelten als Einsteiger). Die Abgrenzung von Langzeitarbeitslosen orientiert sich an der entsprechende OECD-Definition (OECD 1987): Personen, die vor dem Wiedereinstieg mindestens 12 Monate ununterbrochen arbeitslos waren, gelten als *Wiedereinsteiger aus der Langzeitarbeitslosigkeit*.

Die Bestimmung der Wiedereinsteiger in der Stichprobe basiert im Wesentlichen auf Verlaufsdaten zur Erwerbsbiografie, die in jeder Welle retrospektiv und auf Monatsbasis für das vorgelagerte Jahr erhoben werden. Ist ein Befragter zum Erhebungszeitpunkt t erwerbstätig und berichtet in den Verlaufsitems zum Vorjahr, mindestens einmal arbeitslos gewesen zu sein, gilt er zu den Zeitpunkten t und $t+1$ als Wiedereinsteiger. Um Personen auszuschließen, die sich zwar als arbeitslos bezeichnen, aber trotzdem nach den in dieser Studie angelegten Kriterien erwerbstätig sind, wird zusätzlich über die Variable zur Jobmobilität überprüft, ob in dem betreffenden Jahr ein Wechsel des Erwerbsstatus stattgefunden hat. Insgesamt können 11.232 Beobachtungen innerhalb der (gepoolten) Stichprobe ermittelt werden, die Wiedereinsteiger betreffen. Dabei variiert die Anzahl zwischen 340 (1991) und 929 (2001) pro Jahr. Zur Differenzierung vormals Langzeitarbeitsloser werden auf Basis des Verlaufsdatensatzes des SOEP Variablensets generiert, die für jede Person die Jahre auflisten, in denen sie Phasen der Langzeitarbeitslosigkeit abschließt. Diese Sets werden den Messungen des Paneldatensatzes zugespielt. Wenn nun im Vorjahr eines Wiedereinstiegs der Abschluss einer Phase der Langzeitarbeitslosigkeit angezeigt wird, gilt die Person als *Wiedereinsteiger aus der Langzeitarbeitslosigkeit*. Dieses trifft auf 3.404 (und damit etwas mehr als 30 %) der insgesamt 11.232 Wiedereinstiegsfälle zu.

Ein weiterer bedeutender erklärender Faktor ist die *Zeit*. Die Spezifikation des Trends beruht aufgrund der Struktur des Reformprozesses (s. o., Abschnitt

2), die sich in den Hypothesen wiederfindet, auf drei Phasen, von denen die erste die Jahre 1991 bis 1997, die zweite die Jahre 1998 bis 2002 und die dritte die Jahre 2003 bis 2006 umfasst.

Neben den Variablen, welche die zentralen Begriffe der Hypothesen abbilden, werden in die Analysen verschiedene Kontrollvariablen integriert, um Alternativerklärungen für überproportionale Veränderungen des Armutsrisikos bestimmter Gruppen auszuschließen. Eine Zunahme des Armutsrisikos von Berufseinsteigern erklärt sich möglicherweise durch Veränderungen in ihrer (Aus-) Bildungsstruktur. Ein Rückgang an Hochschulabsolventen, wie er von Müller und Pollak (2004) für männliche Bildungsabsolventen ausgewiesen wurde, hätte beispielsweise eine Vergrößerung des Anteils niedriger qualifizierter und damit gefährdeter Einsteiger zur Folge. Um solche Prozesse von der Entwicklung der Armutsrisiken zu isolieren, wird eine Bildungsvariable auf Basis der Casmin-Skala (Lechert et al. 2006) in die Analyse integriert.

Denkbar ist zudem, dass sich im Laufe des Untersuchungszeitraums prekäre, d. h. mit einem hohen Armutsrisiko assoziierte Lebens- und Familienformen insbesondere unter jungen Erwachsenen ausgebreitet haben. So befinden sich, wie mehrfach belegt wurde, unter allein erziehenden Personen ausgesprochen viele Arme (Becker 2002, Fritzsche/Haisken De-New 2004, Hanesch et al. 2000). Eine Vergrößerung dieser Gruppe hätte daher zwangsläufig eine erhöhte Inzidenz von Armut unter Berufseinsteigern zur Folge. Um die Haushaltsform zu kontrollieren, wird eine Variable verwendet, die unterschiedliche Partner- und Kinderkonstellationen im Haushalt erfasst. Zudem wird nach der Erwerbsbeteiligung des Partners differenziert, um auch mögliche Veränderungen in den Erwerbsmodellen der Haushalte zu kontrollieren.

Im Rahmen der Analyse soll ebenfalls geklärt werden, ob die mutmaßlichen Veränderungen in Ausmaß und Struktur von Armut unter Erwerbstätigen weniger durch politische Reformen als vielmehr durch wirtschaftliche Dynamiken ausgelöst wurden. Bei solchen Prozessen handelt es sich zwar auch um Effekte des Arbeitsmarktes auf individuelle Lebensbedingungen, allerdings bilden sie nicht arbeits- oder sozialpolitischen Wandel ab und sollen deswegen hier isoliert werden. Daher werden in den gerechneten Modellen mehrere makroökonomische und branchenstrukturelle Variablen spezifiziert. Verschiedene Branchen werden auf Basis der Nace-Skala in insgesamt 12 Sektoren entsprechend der EU-Standardklassifikation (Statistisches

Bundesamt 2003) unterteilt. Prozesse der Tertiärisierung, die Ein- und Wiedereinsteiger möglicherweise verstärkt betreffen und deswegen auch mit einem ansteigenden Armutsrisiko assoziieren, können auf Grundlage dieser Variable kontrolliert werden. Als Indikatoren der wirtschaftlichen Situation werden zudem die Arbeitslosenquote (Bundesagentur für Arbeit 2008) sowie Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes (Räth/Braakmann 2008) integriert.⁸

Zur Plausibilisierung der gebotenen Erklärungen für einen überproportional ansteigenden Anteil an Armen unter den Einsteigern und Wiedereinsteigern wird zudem die Entwicklung von Niedriglohnquoten herangezogen. Werden steigende Armutsquoten tatsächlich maßgeblich durch sozial- und insbesondere arbeitspolitischen Wandel verursacht, so sollte der Verlauf von Armutsquoten zumindest näherungsweise durch Veränderungen entsprechender Niedriglohnquoten reflektiert werden.

5.3 Analysestrategie

Im Rahmen der deskriptiven Abschnitte werden zunächst die phasenspezifischen Armutsquoten für die betrachteten Gruppen ausgewiesen und anschließend Veränderungen des Niedriglohnrisikos berichtet. Die formal-statistische Absicherung der Hypothesen und Kontrolle der Effekte möglicher Störvariablen erfolgt im Rahmen einer logistischen Regressionsschätzung der Determinanten des Armutsrisikos. Unterschiedliche Verläufe des Armutsrisikos zwischen Einsteigern, Wiedereinsteigern und sonstigen Erwerbstätigen werden durch die Integration entsprechender Interaktionsvariablen spezifiziert. Auf diese Weise können gruppenspezifische Unterschiede im Trendeffekt unmittelbar auf Signifikanz getestet werden. Wegen der wiederholten Befragungen von Untersuchungseinheiten im Rahmen des Panels und der damit verbundenen statistischen Probleme werden zur Korrektur der Teststatistiken robuste Standardfehler (Wooldridge 2002) verwendet.⁹ Auf die (vollständige oder teilweise) systematische Spezifikation der Personeneffekte (im Rahmen eines Fixed- oder Random Effects Modells) wird bewusst verzichtet, da explizit

Unterschiede zwischen Versuchseinheiten analysiert werden und die Betrachtung von intraindividuellen Differenzen (wie in Fixed- und Random Effects Schätzungen üblich) vor diesem Hintergrund zu verzerrten und kaum interpretierbaren Ergebnissen führt.

Zuletzt sei darauf hingewiesen, dass insbesondere in den ersten Jahren des Untersuchungsfensters der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland durch den Anpassungsprozess an den westdeutschen geprägt ist (Görzig et al. 2004). Zudem sind westdeutsche Einsteiger in den frühen Perioden des fokussierten Zeitraums überrepräsentiert, da Übergänge vor 1991 in Ostdeutschland nicht identifiziert werden können.¹⁰ Die in dieser Studie analysierten Entwicklungen werden also durch andere Prozesse überlagert, die sich aus unterschiedlichen methodischen und politischen Ausgangspunkten in den beiden Landesteilen ergeben. Um diese Prozesse zu isolieren, werden separate Analysen für Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Zudem wird der Zeitraum bis 1993 in Ostdeutschland nicht berücksichtigt – die erste Phase umfasst hier also lediglich die Jahre 1993 bis 1997.

6. Ergebnisse

6.1 Entwicklungen spezifischer Armutsquoten

Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Armutsquoten von Einsteigern, Wiedereinsteigern und allen Erwerbstätigen in Westdeutschland über die drei Phasen des Reformprozesses hinweg. Ausgewiesen werden jeweils die mittleren Armutsquoten. Deren Niveau unterscheidet sich während des gesamten Beobachtungszeitraums zwischen den Gruppen, wobei das Ausmaß der gruppenspezifischen Unterschiede im Zeitverlauf stark variiert.

In der ersten Phase zwischen 1991 und 1997 liegen die Quoten von allen Erwerbstätigen, Einsteigern und (nicht langzeitarbeitslosen) Wiedereinsteigern noch relativ dicht beieinander, nämlich zwischen 5,3 und 7,9 Prozent. Lediglich die Quote der Wiedereinsteiger nach Langzeitarbeitslosigkeit liegt mit 17,2 Prozent deutlich über dem Durchschnitt. Während danach das Armutsniveau aller Erwerbstätiger relativ konstant bleibt und bis zur dritten Phase geringfügig auf 6,4 Prozent zunimmt, ist über

⁸ Eine Übersicht zu den Ausprägungen der beiden Makrovariablen im Zeitverlauf befindet sich im Anhang des Artikels (Tabelle A2).

⁹ Die Berechnung von Koeffizienten, Standardfehlern und Teststatistik im Rahmen der logistischen Regressions-schätzung erfolgt unter Verwendung des Statistik-Programmpakets Stata™ (Statacorp 2005).

¹⁰ Schließlich gehören aus konzeptioneller Perspektive diejenigen Personen mit einem Berufseinstieg in den Jahren 1989 und 1990 ebenfalls zur Population der Einsteiger im Jahr 1991 (bzw. 1992).

Tabelle 2 Armutsquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Westdeutschland (1991–2006, Angaben in Prozent)

Arbeitsmarktgruppen	Phase			Veränderung (in Prozent)
	P1 (91–97)	P2 (98–02)	P3 (03–06)	P1, P3
Alle Erwerbstätigen	5,3	5,8	6,4	20,8
Einsteiger	7,2	10,8	11,7	62,5
Wiedereinsteiger/o. Lz.	7,9	12,4	14,2	79,7
Wiedereinsteiger/Lz.	17,2	21,8	25	45,3

Abkürzungen: „o. Lz.“ für „ohne vormalige Langzeitarbeitslose“, „Lz.“ für „vormalige Langzeitarbeitslose“.

Datenbasis: SOEP 1991–2006, eigene, gewichtete Berechnungen. n = 101.890

Tabelle 3 Armutsquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Ostdeutschland (1993–2006, Angaben in Prozent)

Arbeitsmarktgruppen	Phase			Veränderung (in Prozent)
	P1 (93–97)	P2 (98–02)	P3 (03–06)	P1, P3
Alle Erwerbstätigen	10	8,3	12,9	29
Einsteiger	11,6	12,3	14,4	24,1
Wiedereinsteiger/o. Lz.	16,2	13,6	25,4	56,8
Wiedereinsteiger/Lz.	22,9	20	42,8	86,9

Abkürzungen: „o. Lz.“ für „ohne vormalige Langzeitarbeitslose“, „Lz.“ für „vormalige Langzeitarbeitslose“.

Datenbasis: SOEP 1993–2006, eigene, gewichtete Berechnungen. n = 31.527

den gesamten Zeitraum ein starkes Wachstum der Armutsquoten von Einsteigern (um fast zwei Drittel) und Wiedereinsteigern (um mehr als drei Viertel) auf 11,7 bzw. 14,2 Prozent festzustellen. Die Quote vormalig langzeitarbeitsloser Wiedereinsteiger wächst etwas schwächer und steigt um knapp die Hälfte auf 25 Prozent. Somit ist für alle betrachteten Randgruppen ein deutlich überproportionales Wachstum des Armutsrisikos erkennbar. Auffällig ist dabei, dass das Armutsrisiko von Einsteigern besonders zwischen der ersten und zweiten Phase zunimmt, während der Anstieg in den anderen Gruppen gleichmäßiger verläuft.

In Ostdeutschland ist das Armutsniveau in allen Gruppen höher als in Westdeutschland (Tabelle 3). Über den gesamten Zeitraum steigt der Anteil an armen Erwerbstätigen von 10 auf 12,9 Prozent und somit etwas stärker als in Westdeutschland. Wiederum wird ein deutlich überproportionales Wachstum für die Wiedereinsteiger ausgewiesen. Deren Quoten wachsen um gut 50 bzw. nahezu 90 Prozent (vormalig Langzeitarbeitslose). Das Armutsrisiko der Einsteiger steigt dagegen leicht unterdurchschnittlich an. Auffällig ist, dass der positive Zuwachs in Ostdeutschland in allen Gruppen erst zwischen der zweiten und dritten Phase erfolgt, während vorher die Armutsquoten rückläufig sind bzw. nur geringfügig steigen (Einsteiger).

6.2 Entwicklungen der Niedriglohnquoten

Um zu überprüfen, inwiefern der überproportionale Anstieg der Armutsquoten von Einsteigern und Wiedereinsteigern auf Veränderungen der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden kann, wird in diesem Abschnitt die Entwicklung der Niedriglohnquoten im Zeitverlauf berichtet (Tabellen 4 und 5).

In Westdeutschland liegen zunächst, wie auch schon bei der Armutsquote, die Niedriglohnquoten von Einsteigern (20,4 %) und nicht langzeitarbeitslosen Wiedereinsteigern (24,8 %) in der Nähe des Durchschnittswertes (20 %). Lediglich das Niedriglohnniveau der vormalig langzeitarbeitslosen Wiedereinsteiger ist mit 36,8 % deutlich größer als das aller Erwerbstätiger. Deren Quote steigt bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (um gut ein Viertel) auf 25,2 Prozent. Für die Randgruppen wiederum wird ein deutlich überproportionales Wachstum zwischen den Phasen ausgewiesen: Die Niedriglohnquote der Einsteiger steigt von der ersten zur dritten Phase (um mehr als drei Viertel) bis auf 37,2 Prozent an, die der Wiedereinsteiger (um gut die Hälfte bzw. ein Drittel) auf 38,6 bzw. 51 Prozent. Im Gegensatz zur Armutsdynamik findet das stärkste Niedriglohnwachstum in Westdeutschland also nicht unter den Wiedereinsteigern, sondern un-

Tabelle 4 Niedriglohnquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Westdeutschland (1991–2006, Angaben in Prozent)

Arbeitsmarktgruppen	Phase			Veränderung (in Prozent)
	P1 (91–97)	P2 (98–02)	P3 (03–06)	P1, P3
Alle Erwerbstätigen	20	22,6	25,2	26
Einsteiger	20,4	31,9	37,2	82,4
Wiedereinsteiger/o. Lz.	24,8	30,8	38,6	55,6
Wiedereinsteiger/Lz.	36,8	37,6	51	38,6

Abkürzungen: „o. Lz.“ für „ohne vormalige Langzeitarbeitslose“, „Lz.“ für „vormalige Langzeitarbeitslose“.

Datenbasis: SOEP 1991–2006, eigene, gewichtete Berechnungen. n = 104.989

Tabelle 5 Niedriglohnquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Ostdeutschland (1993–2006, Angaben in Prozent)

Arbeitsmarktgruppen	Phase			Veränderung (in Prozent)
	P1 (93–97)	P2 (98–02)	P3 (03–06)	P1, P3
Alle Erwerbstätigen	26,3	28,1	31	17,9
Einsteiger	44,8	36,2	52,8	17,9
Wiedereinsteiger/o. Lz.	43,5	45,7	52,5	20,7
Wiedereinsteiger/Lz.	66,3	70,1	74,4	12,2

Abkürzungen: „o. Lz.“ für „ohne vormalige Langzeitarbeitslose“, „Lz.“ für „vormalige Langzeitarbeitslose“.

Datenbasis: SOEP 1993–2006, eigene, gewichtete Berechnungen. n = 31.536

ter den Einsteigern statt. Dabei fällt auf, dass das Wachstum in dieser Gruppe nicht, wie bei der Armutsquote, auf den Übergang zwischen den ersten beiden Phasen begrenzt bleibt, sondern auch von der zweiten zur dritten Phase stattfindet.

In Ostdeutschland ist kein bedeutender Unterschied in den Verläufen der Niedriglohnquoten von Einsteigern, Wiedereinsteigern und allen Erwerbstätigen erkennbar (Tabelle 5). Anders als in Westdeutschland lässt sich also in Ostdeutschland keine ähnliche Entwicklung der Differenzen von Armuts- und Niedriglohnquoten zwischen den Gruppen beobachten. Auffallend sind wiederum die gruppen-spezifischen Niveauunterschiede der Quotenverläufe, die deutlich stärker als in Westdeutschland ausgeprägt sind.

6.3 Multivariate Datenanalyse

Um einerseits auszuschließen, dass soziodemografische Verschiebungen, struktureller Wandel oder wirtschaftliche Dynamiken die Ursachen des überproportionalen Anstiegs des Armutsrisikos der untersuchten Gruppen sind, und andererseits die deskriptiven Resultate statistisch abzusichern, werden in diesem Abschnitt die Ergebnisse einer Reihe logistischer Regressionsschätzungen berichtet (Tabel-

len 6 und 7).¹¹ Dabei werden die aufgeführten Modelle stufenweise spezifiziert. So können zunächst die deskriptiven Ergebnisse reproduziert und auf Signifikanz getestet werden, bevor in weiteren Schritten die mögliche Konfundierung der Effekte durch Störvariablen untersucht wird.

Modell 1 in Tabelle 6 berichtet die Veränderung des Armutsrisikos für alle Erwerbstätigen in Westdeutschland, und zwar unabhängig von ihrer Arbeitsmarktposition. Über den Untersuchungszeitraum verändert sich das „*Working Poor*“-Risiko signifikant positiv.¹² Modell 2 schätzt die Verände-

¹¹ Dabei werden, wie in der empirischen Sozialwissenschaft üblich, die Teststatistiken zweiseitiger Signifikanztests ausgewiesen, obgleich die formulierten Hypothesen nach formal-statistischen Kriterien durchaus die Anwendung gerichteter (und somit eher zur Bestätigung neigender) Tests rechtfertigten.

¹² In Tabelle und Text sind die untransformierten Koeffizienten der geschätzten Regressionsgleichung ausgewiesen, die Veränderungen der logarithmierten Odds spezifizieren und sich nur in ihrer Tendenz intuitiv verständlich interpretieren lassen. Die günstigeren Verteilungseigenschaften dieser Koeffizienten (verbunden mit der Möglichkeit, die Teststatistik leicht aus den angegebenen Standardfehlern abzuleiten) wurden hier als wichtiger bewertet als der begrenzte interpretative Mehrwert exponierter Koeffizienten.

Tabelle 6 Logistische Regression: Determinanten der Armutswahrscheinlichkeit Erwerbstätiger in Westdeutschland (*Logged Odds*, Teststatistik unter Verwendung robuster Standardfehler berechnet)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
Zeitpunkt	Referenz		Referenz		Referenz		Referenz	
91–97	Referenz		Referenz		Referenz		Referenz	
98–02	0,09	(0,06)	–0,03	(0,07)	0,07	(0,07)	0	(0,07)
03–06	0,21***	(0,07)	0,08	(0,09)	0,22***	(0,09)	0,02	(0,1)
Spezifische Effekte: Wiedereinsteiger/o. Lz.								
Wiedereinsteiger			0,52***	(0,16)	0,39**	(0,17)	0,29	(0,18)
Wiedereinsteiger *98–01			0,53**	(0,23)	0,54**	(0,25)	0,57**	(0,26)
Wiedereinsteiger *02–06			0,58***	(0,23)	0,64***	(0,23)	0,7 ***	(0,24)
Spezifische Effekte: Wiedereinsteiger/Lz.								
Wiedereinsteiger			1,41***	(0,21)	1,2 ***	(0,21)	0,87***	(0,21)
Wiedereinsteiger *98–01			0,32	(0,27)	0,35	(0,29)	0,49*	(0,28)
Wiedereinsteiger *02–06			0,39	(0,26)	0,37	(0,27)	0,49*	(0,27)
Spezifische Effekte: Einsteiger								
Einsteiger			0,42***	(0,15)	0,3 **	(0,15)	0,3 *	(0,15)
Einsteiger *98–01			0,48**	(0,19)	0,66***	(0,19)	0,62***	(0,2)
Einsteiger *02–06			0,46**	(0,23)	0,48**	(0,24)	0,48**	(0,24)
Kontrollvariablen								
A. Bildung (nach Casmin)¹								
Hauptschulabschluss und Ausbildung (1c)					Referenz		Referenz	
Kein Abschluss (1a)					0,94***	(0,14)	0,95***	(0,14)
Hauptschulabschluss ohne Ausbildung (1b)					0,58***	(0,1)	0,56***	(0,1)
Mittlere Reife ohne Ausbildung (2b)					0,12	(0,16)	0,05	(0,16)
Mittlere Reife und Ausbildung (2a)					–0,73***	(0,1)	–0,74***	(0,1)
(Fach-)Abitur ohne Ausbildung (2c_gen)					–0,01	(0,17)	–0,11	(0,17)
(Fach-)Abitur und Ausbildung (2c_voc)					–0,87***	(0,15)	–0,89***	(0,16)
Fachhochschulabschluss (3a)					–1,46***	(0,23)	–1,41***	(0,23)
Hochschulabschluss (3b)					–1,48***	(0,14)	–1,54***	(0,14)
Verw.					0,29	(0,19)	0,15	(0,2)
C. Haushaltskonstellation								
Mit Eltern					Referenz		Referenz	
Mit Partner/ohne Kind								
<i>Partner nicht erwerbstätig</i>					–0,35***	(0,13)	–0,33**	(0,13)
<i>Partner erwerbstätig</i>					–1,07***	(0,13)	–1,08***	(0,13)
Mit Partner/mit Kind								
<i>Partner nicht erwerbstätig</i>					0,38***	(0,11)	0,45***	(0,12)
<i>Partner erwerbstätig</i>					–0,32***	(0,1)	–0,33***	(0,11)
Allein lebend					–0,48***	(0,12)	–0,46***	(0,12)
Allein erziehend					0,93***	(0,18)	0,9***	(0,17)

Tabelle 6 Fortsetzung

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
B. Sektoren¹				
Grundstoffverarbeitung				Referenz
Land- und Forstwirtschaft				1,89*** (0,21)
Bergbau/Energie				–0,17 (0,35)
Investitionsgüter				–0,09 (0,16)
Verbrauchsgüter				–0,05 (0,13)
Baugewerbe				0,13 (0,13)
Handel/Reparatur				0,41*** (0,13)
Verkehr/Nachrichten				0,06 (0,17)
Kredit/Versicherung				–0,23 (0,25)
Dienste für Unternehmen				0,41*** (0,15)
Sonstige Dienste				0,47*** (0,11)
Nonprofit/Verwaltung				0,26 (0,21)
Verw.				1,25*** (0,12)
E. Makroindikatoren				
Arbeitslosenquote				0,07*** (0,02)
Veränderung BIP				0,01 (0,02)

Anmerkungen: ¹Um Reduktionen der Fallzahl zu vermeiden, wurde eine zusätzliche Kategorie in das Modell integriert („Verw.“), welche alle Antwortverweigerer in der entsprechenden Variablen umfasst.

*p < 0.1, **p < 0.05, ***p < 0.01

Datenbasis: SOEP 1991–2006, eigene, gewichtete Berechnungen. n = 101.854

rung des Risikos, arm trotz Erwerbstätigkeit zu sein, für verschiedene Zeitpunkte und Arbeitsmarktgruppen. Die Referenzkategorie, auf die sich die ausgewiesenen Werte beziehen, ist die der *sonstigen Erwerbstätigen* bzw. *Insider* (definiert als Personen, die weder Ein- noch Wiedereinsteiger sind) zwischen 1991 und 1997. Innerhalb dieser Personengruppe ist nun keine statistisch bedeutsame Veränderung der Koeffizienten mehr zu verzeichnen. Unter Kontrolle (bzw. Ausschluss) von Einsteigern und Wiedereinsteigern lässt sich ein signifikanter Anstieg der Armutsquote unter Erwerbstätigen im Zeitraum zwischen 1991 und 2006 also nicht nachweisen.

Das Risiko, arm trotz Erwerbstätigkeit zu sein, ist in der ersten Phase für beide Gruppen der Wiedereinsteiger größer als für einen „normalen“ Erwerbstätigen. In der zweiten Phase, ab 1998, vergrößert sich der Abstand im Armutsrisiko zwischen nicht langzeitarbeitslosen Wiedereinsteigern und sonstigen Erwerbstätigen weiter, angezeigt durch die signifikant positiv von Null abweichenden Koeffizienten der entsprechenden Interaktionsvariablen. Das Armutsrisiko solcher Wiedereinsteiger steigt also im Zeitverlauf überproportional zur Veränderung in der Gruppe der sonstigen Erwerbstäti-

gen an. Für vormalis langzeitarbeitslose Wiedereinsteiger gilt dieses allerdings nicht: Zwar weisen die Koeffizienten auch hier ein positives überproportionales Wachstum aus, dieses ist jedoch statistisch nicht bedeutsam.

Das Risiko für einen Einsteiger, arm trotz Erwerbstätigkeit zu sein, ist in der ersten Phase (zwischen 1991 und 1997) signifikant größer als für einen sonstigen Erwerbstätigen. Wiederum quantifizieren die Koeffizienten der Interaktionsvariablen die Veränderung im Risikoverhältnis zwischen den beiden Gruppen im Zeitverlauf. Die durchgehend über Null liegenden Koeffizienten zeigen an, dass der Abstand im Armutsrisiko zwischen Einsteigern und sonstigen Erwerbstätigen in den Phasen 2 und 3 signifikant größer ist als in der ersten Phase. Das Armutsrisiko von Einsteigern steigt also im Zeitverlauf signifikant überproportional an. Modell 2 zeigt auch, dass das überproportionale Wachstum des Risikos von Einsteigern und Wiedereinsteigern hauptsächlich zwischen der ersten und zweiten Phase stattfindet: Die Koeffizienten der Interaktionsvariablen unterscheiden sich nicht (bzw. nur geringfügig) zwischen den beiden späten Phasen.¹³

¹³ In einem weiteren, hier nicht dargestellten Modell wur-

In Modell 3 werden zusätzlich zu den gruppenspezifischen Trendverläufen die Merkmale *Bildung* und *Haushalts-* bzw. *Erwerbskontext* spezifiziert. Für die Insider des Arbeitsmarktes wird nun wieder eine positive, signifikante Veränderung des Armutsrisikos von der ersten zur dritten Phase ausgewiesen. Offensichtlich verhindern also Verschiebungen in der Bildungs- bzw. Haushaltsstruktur eine Zunahme des (Brutto-)Armutsrisikos der sonstigen Erwerbstätigen. Außerdem fällt auf, dass die Haupteffekte der Gruppenzugehörigkeit von Modell 2 zu Modell 3 abnehmen. So wird deutlich, dass die deskriptiv ausgewiesenen Niveauunterschiede im Armutsrisiko zwischen Einsteigern, Wiedereinsteigern und sonstigen Erwerbstätigen zumindest teilweise durch Bildungs- und Haushaltsformeffekte erklärt werden können.

Die Unterschiede in den Trendverläufen sind dagegen robust gegen die Erweiterung des Modells. Die überproportionale Zunahme des Armutsrisikos der analysierten Randgruppen wird also nicht über spezifische Veränderungen der Haushaltsform- und Bildungszusammensetzung innerhalb dieser Gruppen vermittelt.

Der Einfluss makroökonomischer und branchenstruktureller Veränderungen auf die beobachteten Armutsdynamiken wird in Modell 4 überprüft. Auf individueller Ebene wird die Branchenzugehörigkeit integriert, die jahresbezogenen Makroindikatoren *Arbeitslosenquote* und *Veränderung des BIP* kontrollieren zudem die makroökonomische Entwicklung. Wiederum zeigen sich im Vergleich zum vorhergehenden Modell die Haupteffekte reduziert, ein Teil der gruppenspezifischen Niveauunterschiede im Armutsrisiko lässt sich also auf Disproportionalitäten in der Branchenstruktur zwischen den Gruppen zurückführen.

Die Koeffizienten der Interaktionsvariablen erweisen sich allerdings erneut als robust gegen die Kontrolle der zusätzlichen Variablen. Eine überproportionale Verlagerung von Einsteigern und Wie-

derinsteigern in prekäre Berufszweige hat also nicht stattgefunden. Lediglich der Trendeffekt in der Referenzgruppe wird eliminiert und so kann zumindest der (um Bildungs- und Haushaltseffekte bereinigte) Risikoanstieg innerhalb der sonstigen Erwerbstätigen durch strukturelle bzw. makroökonomische Entwicklungen erklärt werden. Auffällig ist, dass durch die Kontrolle der Branchenstruktur der Unterschied im Verlauf des Armutsrisikos zwischen sonstigen Erwerbstätigen und Wiedereinsteigern aus der Langzeitarbeitslosigkeit akzentuiert und schließlich (schwach) signifikant wird.

In Tabelle 7 werden die Ergebnisse identisch spezifizierter Regressionsmodelle für Ostdeutschland berichtet. Die geschätzte Entwicklung des „*Working Poor*“-Risikos aller Erwerbstätigen (Modell 1) entspricht dem typischen U-förmigen Verlauf, den Armuts- und Niedriglohnindikatoren seit der Wiedervereinigung für Ostdeutschland beschreiben. Gleichwohl belegt die Veränderung des Trendeffektes zwischen den Modellen 1 und 2, dass der Anstieg des „*Working Poor*“-Risikos in Ostdeutschland, ähnlich wie in Westdeutschland, zum großen Teil durch Risikozunahmen in den Randgruppen verursacht wird.

Für Einsteiger in Ostdeutschland wird allerdings, entsprechend der deskriptiven Analysen, kein signifikantes überproportionales Wachstum des Armutsrisikos ausgewiesen. In den beiden Gruppen der Wiedereinsteiger dagegen unterscheidet sich in der dritten Phase die Differenz in den Risiken zur Referenzgruppe signifikant von der in der ersten Phase (Modell 2). Wie auch in Westdeutschland sind die signifikanten Koeffizienten der gruppenspezifischen Trendvariablen robust gegen die Spezifikation von Kontrollvariablen (Modell 3 und 4).

Abbildungen 1 und 2 illustrieren die Ergebnisse der Regressionsschätzungen. Dargestellt ist die Entwicklung der Armutsrisiken von sonstigen Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern unter Konstanthaltung der Kontrollvariablen, also unter Verwendung der Schätzergebnisse aus Modell 4. Berechnet wurden die Armutsrisiken jeweils für die Modalkategorie der Kontrollvariablen.¹⁴ Auf diese Weise sollen die Nettoeffekte sozial- und arbeitspolitischen Wandels verdeutlicht werden. Die Graphen zeigen also, wie sich das Armutsrisiko innerhalb der Gruppen entwickelt *hätte*, wäre es nicht zu Veränderungen in ihrer (haushalts-, bildungs- und branchen-) strukturellen Zusammensetzung sowie

den zusätzlich geschlechtsspezifische Effekte der Arbeitsmarktposition in Westdeutschland untersucht. Hierbei zeigte sich, dass das Risikogefälle zwischen den Randgruppen und sonstigen Erwerbstätigen bei den Männern signifikant größer ausfällt. Dieser Effekt verändert sich allerdings im Zeitverlauf nicht. Das überproportionale Wachstum des Armutsrisikos der Randgruppen findet also in beiden Geschlechtergruppen gleichermaßen statt. In Ostdeutschland ist weder ein signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied im Risikogefälle zwischen den Gruppen noch eine signifikante Veränderung dieses Gefälles im Zeitverlauf zu verzeichnen.

¹⁴ Für die Arbeitslosenquote und die Veränderung des BIP wurde jeweils der Durchschnitt aller Jahreswerte verwendet.

Tabelle 7 Logistische Regression: Determinanten der Armutswahrscheinlichkeit Erwerbstätiger in Ostdeutschland (Logged Odds, Teststatistik unter Verwendung robuster Standardfehler berechnet)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Zeitpunkt				
93–97	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
98–02	–0,2*** (0,07)	–0,26*** (0,08)	–0,26*** (0,09)	–0,26*** (0,09)
03–06	0,29*** (0,08)	0,1 (0,1)	0,13 (0,11)	0,15 (0,12)
Spezifische Effekte: Wiedereinsteiger/o. Lz.				
Wiedereinsteiger		0,75*** (0,13)	0,57*** (0,12)	0,46*** (0,11)
Wiedereinsteiger *98–02		0,06 (0,18)	0,09 (0,18)	0,07 (0,17)
Wiedereinsteiger *03–06		0,47** (0,22)	0,4 * (0,22)	0,42** (0,21)
Spezifische Effekte: Wiedereinsteiger/Lz.				
Wiedereinsteiger		1,19*** (0,16)	0,92*** (0,16)	0,69*** (0,17)
Wiedereinsteiger *98–02		0,09 (0,22)	0,18 (0,22)	0,18 (0,22)
Wiedereinsteiger *03–06		0,82*** (0,25)	0,97*** (0,26)	0,95*** (0,25)
Spezifische Effekte: Einsteiger				
Einsteiger		0,37* (0,2)	0,19 (0,22)	0,17 (0,22)
Einsteiger *98–02		0,33 (0,28)	0,29 (0,28)	0,22 (0,28)
Einsteiger *03–06		0,15 (0,3)	–0,08 (0,31)	–0,16 (0,32)
Kontrollvariablen				
A. Bildung (nach Casmin)¹				
Hauptschulabschluss und Ausbildung (1c)		Referenz	Referenz	
Kein Abschluss (1a)		1,25*** (0,33)	1,27*** (0,34)	
Hauptschulabschluss ohne Ausbildung (1b)		0,5 *** (0,19)	0,43** (0,19)	
Mittlere Reife ohne Ausbildung (2b)		–0,13 (0,18)	–0,06 (0,18)	
Mittlere Reife und Ausbildung (2a)		–0,56*** (0,1)	–0,5 *** (0,1)	
(Fach-)Abitur ohne Ausbildung (2c_gen)		0,22 (0,31)	0,23 (0,3)	
(Fach-)Abitur und Ausbildung (2c_voc)		–1,05*** (0,25)	–0,94*** (0,25)	
Fachhochschulabschluss (3a)		–0,98*** (0,27)	–0,91*** (0,28)	
Hochschulabschluss (3b)		–1,39*** (0,17)	–1,33*** (0,18)	
Verw.		0,29 (0,28)	0,08 (0,29)	
C. Haushaltskonstellation				
Mit Eltern		Referenz	Referenz	
Mit Partner/ohne Kind				
<i>Partner nicht erwerbstätig</i>		–0,26 (0,18)	–0,35 (0,18)	
<i>Partner erwerbstätig</i>		–1*** (0,14)	–1,08*** (0,15)	
Mit Partner/mit Kind				
<i>Partner nicht erwerbstätig</i>		0,94*** (0,15)	0,94*** (0,15)	
<i>Partner erwerbstätig</i>		–0,03 (0,14)	–0,1 (0,14)	
Allein lebend		0,1 (0,15)	0,03 (0,15)	
Allein erziehend		1,01*** (0,17)	0,94*** (0,17)	

Tabelle 7 Fortsetzung

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
D. Sektoren¹				
Grundstoffverarbeitung				Referenz
Land- und Forstwirtschaft				1,11*** (0,22)
Bergbau/Energie				-0,87** (0,42)
Investitionsgüter				0,03 (0,23)
Verbrauchsgüter				0,01 (0,2)
Baugewerbe				0,03 (0,17)
Handel/Reparatur				0,55*** (0,14)
Verkehr/Nachrichten				-0,28 (0,21)
Kredit/Versicherung				-0,4 (0,33)
Dienste für Unternehmen				0,32* (0,18)
Sonstige Dienste				0,34** (0,14)
Nonprofit/Verwaltung				-0,32** (0,17)
Verw.				1,05*** (0,14)
E. Makroindikatoren				
Arbeitslosenquote				-0,09*** (0,03)
Veränderung BIP				0 (0,02)

Anmerkungen: ¹Um Reduktionen der Fallzahl zu vermeiden, wurde eine zusätzliche Kategorie in das Modell integriert („Verw.“), welche alle Antwortverweigerer in der entsprechenden Variablen umfasst.

*p < 0.1, **p < 0.05, ***p < 0.01

Datenbasis: SOEP 1993–2006, eigene, gewichtete Berechnungen. n = 31.518

makroökonomischem Wandel gekommen. Der Verlauf der dargestellten Kurven ist daher als „bereinigte“ Entwicklung der gruppenspezifischen Armutsrisiken zu interpretieren.

Abbildung 1 verdeutlicht, dass das bereinigte Armutsrisiko von Insidern während des Untersuchungszeitraums konstant bleibt. In beiden Gruppen der Wiedereinsteiger steigt es dagegen deutlich an, wobei nicht nur das relative, sondern auch das absolute Risikowachstum der vormals Langzeitarbeitslosen schwächer ist. Illustriert wird zudem, dass sich die (bereinigten) Differenzen zwischen Einsteigern und sonstigen Erwerbstätigen im letzten Abschnitt des Untersuchungszeitraums nicht weiter ausbreiten.

Abbildung 2 zeigt, dass die Konsolidierung in Ostdeutschland zwischen 1993 und 2002 alle betrachteten Gruppen etwa in gleichem Maße betrifft. Während das bereinigte Risiko der sonstigen Erwerbstätigen anschließend wieder bis auf den ursprünglichen Wert anwächst, steigen die Werte von Wiedereinsteigern bis zum Ende des Untersuchungszeitraums weit über das Ausgangsniveau hinaus. Insbesondere für vormals Langzeitarbeitslose wird hier das dramatische Ausmaß der Veränderungen des Prekaritätsrisikos deutlich: Hätte sich in

dieser Gruppe seit 2003 nicht die (haushalts-, bildungs- und arbeitsmarktstrukturelle) Zusammensetzung verändert, wäre innerhalb der letzten Phase des Beobachtungszeitraums (zumindest für Angehörige der Modalkategorien der Kontrollvariablen) das Armutsrisiko um mehr als das Doppelte angestiegen, selbst wenn auf den Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung hin kontrolliert wird.

7. Zusammenfassung und Diskussion

Ein zentraler Befund der berichteten Regressionsmodelle ist, dass bei Spezifikation der Trends von Einsteigern und Wiedereinsteigern keine Zunahme des Armutsrisikos in der Referenzgruppe sonstiger Erwerbstätiger mehr ausgewiesen wird. Der leichte Anstieg der „*Working Poor*“-Quote während des Untersuchungszeitraums in West- und Ostdeutschland, den die deskriptiven Analysen und viele weitere Studien (vgl. Abschnitt 1) berichten, kann also ausschließlich auf Veränderungen unter Einsteigern und Wiedereinsteigern zurückgeführt werden. Deren Armutsrisiko steigt in Westdeutschland *überproportional zur Gruppe der Insider* an, und zwar deutlich und statistisch signifikant, wie die Koeffi-

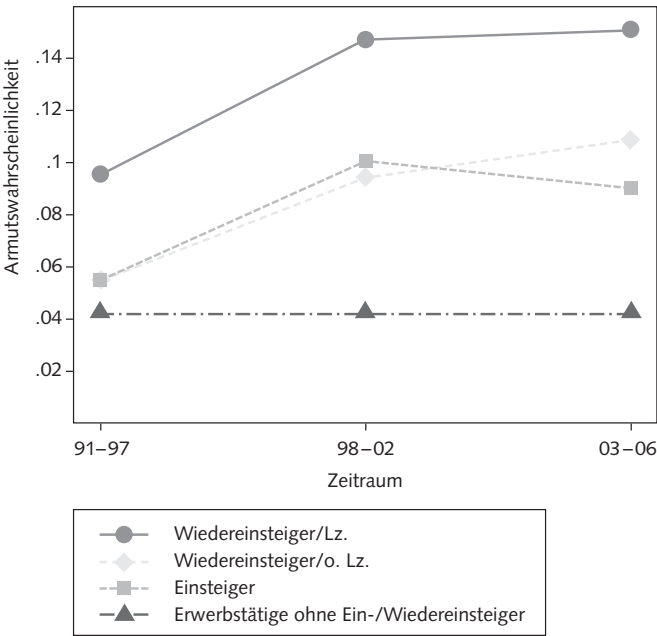


Abb. 1 Bereinigte Armutsquoten für Einsteiger, Wiedereinsteiger und sonstige Erwerbstätige in Westdeutschland (1991–2006)

Anmerkungen: Vorhergesagte Werte für Personen mit erwerbstätigem Partner und Kind im Hh., Hauptschulabschluss mit Ausbildung und einer Stelle im Bereich der Grunstoffverarbeitung.
Datenbasis: SOEP 1991–2006, eigene, gewichtete Berechnungen.

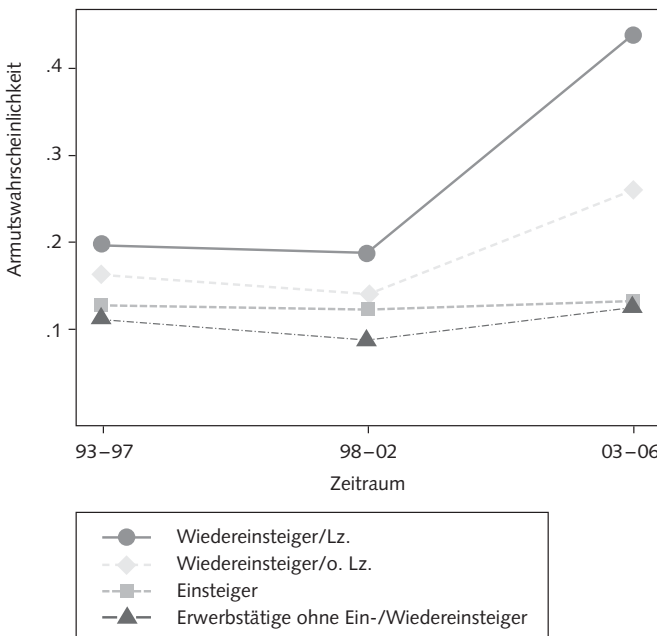


Abb. 2 Bereinigte Armutsquoten für Einsteiger, Wiedereinsteiger und sonstige Erwerbstätige in Ostdeutschland (1993–2006)

Anmerkungen: Vorhergesagte Werte für Personen mit erwerbstätigem Partner und Kind im Hh., Hauptschulabschluss mit Ausbildung und einer Stelle im Bereich der Grunstoffverarbeitung.
Datenbasis: SOEP 1993–2006, eigene, gewichtete Berechnungen.

zienten entsprechender Interaktionsvariablen belegen. Die erste Hypothese wird also bestätigt.

Analysen zur Entwicklung von Niedriglohnrisiken verdeutlichen, dass, wie vermutet, arbeitsmarktspezifische Prozesse Ursache der beobachteten Trends in den Armutsquoten sind: Insbesondere in Westdeutschland wird die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen von Einsteigern, Wiedereinsteigern und Insidern näherungsweise durch die veränderte Lohnsituation auf dem Arbeitsmarkt (bzw. den Verlauf der jeweiligen Niedriglohnquoten) widerspiegelt.

Die multivariaten Analysen zeigen zudem, dass die beobachteten Veränderungen in den Lebensbedingungen von Ein- und Wiedereinsteigern nicht auf strukturelle Veränderungen zurückzuführen sind: Auf der Grundlage eines Vergleichs der schrittweise spezifizierten Regressionsmodelle kann weitestgehend ausgeschlossen werden, dass der überproportionale Anstieg des Armutsrisikos von Einsteigern und Wiedereinsteigern in Westdeutschland in der Ausdifferenzierung von Familien- und Erwerbsmodellen oder in Veränderungen der Bildungszusammensetzung begründet liegt.

Im Rahmen dieser Studie wurde zusätzlich der Versuch unternommen, den Einfluss politischer Maßnahmen von branchenstrukturellen und makroökonomischen Entwicklungen zu isolieren. So führen Giesecke und Verwiebe (2008) eine zunehmende Lohnungleichheit in Deutschland u. a. auf „das Zurückdrängen der Industrie- zugunsten der Dienstleistungsproduktion“ sowie „wachsende Weltmarktkonkurrenz“ zurück. Zumindest der erstgenannte Prozess kann als treibende Kraft hinter den in dieser Studie beobachteten Armutsdynamiken weitgehend ausgeschlossen werden; die zunehmenden Disparitäten zwischen Insidern und (Wieder-)Einsteigern zeigen sich gegenüber einer differenzierten Kontrolle der Branchenstruktur äußerst robust. Wachsende Weltmarktkonkurrenz lässt sich dagegen als möglicher Erklärungsfaktor nicht vollständig ausschließen, zumal die analysierten Reformen als politisch gesteuerte Anpassungsprozesse an veränderte globale Kontextbedingungen gedeutet werden können (vgl. Abschnitt 1, Andreß/Seeck 2007). Schließlich verringert sich zumindest der (um haushalts- und bildungsstrukturelle Effekte bereinigte) Basistrend in der Referenzgruppe bei Integration der zusätzlichen Variablen. Veränderungen des Risikos *innerhalb* der analysierten Gruppen werden also teilweise durch branchenstrukturelle und ökonomische Faktoren erklärt, *Niveauverschiebungen zwischen den Gruppen* (und

somit der überproportionale Risikoanstieg der [Wieder-]Einsteiger) jedoch nicht.

Somit erlaubt die in dieser Studie eingenommene Übergangsperspektive also die Feststellung, dass es unter maßgeblicher Beteiligung des dargestellten Reformprozesses zu einer Zunahme prekärer Erwerbsgelegenheiten an den Rändern des Arbeitsmarktes gekommen ist. Die Moderation der Effekte von *Deregulierung* und *Kommodifizierung* durch institutionelle Mechanismen (*Gewerkschaften* und *Kündigungsschutz*) führen in Westdeutschland zu einer deutlichen Schwächung der relativen Arbeitsmarkt- und Wohlstandsposition von Einsteigern und Wiedereinsteigern. Somit kann auch der Vorhersage einer breiten „Entstrukturierung sozialer Ungleichheit“ (Giesecke/Groß 2005) nur teilweise zugestimmt werden. Vielmehr unterscheidet sich das reformbedingte Ausmaß an Freisetzung von Arbeitskraft auf dem Markt (bzw. das mit einer bestimmten Arbeitsmarktposition assoziierte „Schließungspotenzial“, vgl. Giesecke/Verwiebe 2008) deutlich zwischen Insidern und Outsidern. Die vorliegenden Ergebnisse lassen sich dementsprechend als Beleg dafür deuten, dass sich der Insider/Outsider-Konflikt auf dem Arbeitsmarkt seit Mitte der 1990er Jahre eher verstärkt denn reduziert hat.

Wenn auch die zentralen Tendenzen der empirischen Resultate den formulierten Erwartungen entsprechen, so weichen doch einige Ergebnisse von den getroffenen Vorhersagen ab. Dies betrifft *erstens* den abgeschwächten Risikoanstieg der Randgruppen in der letzten Phase des Beobachtungszeitraums, *zweitens* die Entwicklung unter vormalis langzeitarbeitslosen Wiedereinsteigern sowie *drittens* die Trendverläufe in Ostdeutschland. Im Folgenden sollen diese Befunde diskutiert werden.

Das Wachstum des Armutsrisikos von Einsteigern in Westdeutschland stagniert in der dritten Phase, obgleich der Reformmechanismus *Deregulierung*, der für diese Gruppe besonders relevant sein sollte, ab 2003 weiter ausgebaut wird. Auffällig ist, dass sich die einsteigerspezifische Niedriglohnquote entsprechend der Vorhersage verhält und auch nach 2002 noch deutlich ansteigt. Offensichtlich wirken also die späteren Reformen wie vorhergesagt, werden aber auf individueller Ebene kompensiert. So ist denkbar, dass unter Berufseinsteigern verstärkt Einkommen aus mehreren Jobs gebündelt werden. Dieser Vermutung entsprechend haben z. B. Hirschenauer und Wießner (2006) die Vergrößerung des Anteils der Mehrfachbeschäftigten in Westdeutschland zwischen 2002 und 2004 empirisch belegt.

Einen weiteren Erklärungsansatz für die asynchrone Entwicklung von Armuts- und Niedriglohnrisiko

unter Einsteigern in der letzten Phase bieten bisher nicht behandelte sozialpolitische Umverteilungsmechanismen. So weisen Becker/Hauser (2006) im Rahmen einer Simulationsanalyse nach, dass allein lebende Hilfeempfänger eine der wenigen Personen-Gruppen sind, die mehrheitlich von der Neujustierung grundsichernder Transferinstrumente im Rahmen des SGB III profitieren. Die vorliegenden Daten zeigen wiederum, dass Einsteiger innerhalb dieser begünstigten Gruppe überproportional vertreten sind (eigene Berechnungen auf Basis des SOEP).

Ähnliche Argumente können für die Gruppe der Wiedereinsteiger ins Feld geführt werden. Deren Armuts- und Niedriglohnrisiken steigen zwar auch in der dritten Phase weiter deutlich an, das Wachstum setzt allerdings entgegen der Hypothese bereits ab 1998 ein. Arbeitsmarktspezifische Regelungen greifen also entgegen den theoretischen Überlegungen bei Wiedereinsteigern bereits zu einem Zeitpunkt, an dem noch keine Erhöhungen des Grades an Kommodifizierung vorgenommen wurden.

An dieser Stelle wird eine Schwäche der idealtypischen Darstellung des Reformprozesses bzw. seiner Implikationen sichtbar: In der Realität wirken sich offensichtlich bereits Veränderungen des Qualifikationsschutzes auf die Arbeitsbedingungen von Wiedereinsteigern aus, selbst wenn diese noch nicht von kommodifizierenden Neuregelungen flankiert werden. Arbeitsvermittler drängen offenbar schon unter solchen Bedingungen verstärkt auf eine statusinadäquate Integration ihrer Klientel, zumal sie dabei von bereits bestehenden Sanktionsmöglichkeiten unterstützt werden.

Unklar ist bisher zudem die empirischen Auffälligkeiten innerhalb der Gruppe der Wiedereinsteiger in Westdeutschland. Zwischen den beiden spezifizierten Gruppen besteht zwar ein (erwartbarer) Niveauunterschied im Prekaritätsrisiko, allerdings ist der Trendeffekt für die vormals Langzeitarbeitslosen kleiner und darüber hinaus lediglich im voll spezifizierten Modell (schwach) signifikant. Eine Erklärung hierfür kann in Anlehnung an Gangl (2004) entwickelt werden, der zeigt, dass umfangreiche soziale Absicherungen bei Arbeitslosen selektivere Suchprozesse und letzten Endes auch ein besseres *Matching* auf dem Arbeitsmarkt einleiten. Senkungen des Sicherungsniveaus führen dementsprechend zu schlechteren Ergebnissen der Arbeitsplatzsuche. Hieraus kann gefolgert werden, dass sich die Gruppe der nicht langzeitarbeitslosen Wiedereinsteiger während des Reformprozesses verändert hat: Befand sich in dieser Gruppe vormals ein großer Anteil Leichtvermittelbarer, wird

sie im Laufe des Reformprozesses verstärkt von Arbeitslosen durchdrungen, die im Zuge schärferer Sanktionen und sinkender Zumutbarkeitsschwellen kurzfristig in schlecht entlohnte, qualifikationsinadäquate Erwerbsgelegenheiten gedrängt werden. Dementsprechend haben sich sowohl Niedriglohns als auch Armutsrisiken stärker unter den nicht langzeitarbeitslosen Wiedereinsteigern ausgebreitet.

Umgekehrt verhält es sich in Ostdeutschland: Hier sind die Langzeitarbeitslosen dem stärksten Anstieg des Armutsrisikos ausgesetzt. Dieses kann mit dem konstant hohen Niedriglohnrisiko innerhalb dieser Gruppe einerseits und der zunehmenden Assoziation zwischen niedrigen Löhnen und Armut in Ostdeutschland andererseits erklärt werden. So beträgt das Armutsrisiko für ostdeutsche Niedriglöhner 1997 15 Prozent und steigt danach bis 2005 um das 2,5-fache bis auf 38 Prozent (und somit deutlich überproportional) an (Gießelmann/Lohmann 2008, eigene Berechnungen für 2005). Der hier beobachtete Trend transportiert also faktisch eine veränderte Rolle von niedrigen Löhnen auf der Haushaltsebene in Ostdeutschland, die zunehmend das einzige, kaum existenzsichernde Haupteinkommen bilden. Dies kann wiederum mit der Annäherung an das westdeutsche Familienmodell im Zuge einer partiellen Gleichschaltung institutioneller Rahmenbedingungen bzw. mit dem Rückgang weiblicher Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland während des Untersuchungszeitraums (Klenner 2002) erklärt werden. Darüber hinaus verweist der Verlauf der gruppenspezifischen Armutsquoten in Ostdeutschland darauf, dass die im Rahmen dieser Studie untersuchten Prozesse dort stark durch andere Dynamiken überlagert werden, nämlich insbesondere die Konvergenz an westdeutsche Lebensbedingungen.

Bleibt zuletzt noch die Frage nach der sozialpolitischen Relevanz der Ergebnisse. Häufig wird die Notwendigkeit der Reformen über ihren Beitrag zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit sowie zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit begründet (z. B. Zimmermann 2005). Eine Ausweitung des Niedriglohnssektors wird dabei auf politischer Ebene explizit angestrebt (Heinelt 2003). Aus dieser Perspektive mag eine Prekarisierung der Lebensbedingungen von Wiedereinsteigern nicht nur als unintendierter Nebeneffekt, sondern sogar Indikator einer positiven Entwicklung angesehen werden. Unklar ist jedoch, inwieweit durch die vollzogenen politischen Veränderungen tatsächlich beschäftigungspolitische Ziele erreicht wurden. Einschlägige Veröffentlichungen sind diesbezüglich pessimistisch (Feil et al. 2008). Fraglich ist zudem, ob die zunehmende Ungleichheit zwischen Insidern und Outsiden noch

mit dem expliziten Ideal größerer sozialer Gerechtigkeit korrespondiert.

Zusätzliche Schwierigkeiten dürfte die sozialpolitische Rechtfertigung bei den Einsteigern aufwerfen. Deren Risikozunahme lässt sich nur begrenzt durch verstärkte Arbeitsmarkttaktivierung erklären und legitimieren (insbesondere, da es in dem beobachteten Zeitraum nicht zu einem nennenswerten Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit gekommen ist

[Bundesagentur für Arbeit 2008]). Vor dem Hintergrund abnehmender Geburtenzahlen und einer Verschiebung der Familienbildung im Lebenslauf, die u. a. auf die Zunahme ökonomischer Unsicherheit junger Erwachsener zurückgeführt wird (Blossfeld/Mills 2003), erscheint eine Prekarisierung der materiellen Situation in der frühen Erwerbsphase als besonders problematisch – auch unter demografischen Gesichtspunkten.

Anhang: Ergänzende Angaben zu den empirischen Daten

Tabelle A1 Verwendete Mikromerkmale, Operationalisierung und Anteilswerte für das Jahr 2000

Merkmale	verwendete Originalvariablen (SOEP)	Ausprägungen	Anteilswerte in Prozent
Einsteiger	jobch00*, agefjob, gebjahr, qp10, qp0901*, qp0902*, qp0903*, qp08*	„trifft nicht zu“	94,08
		„trifft zu“	5,92
Wiedereinsteiger/o.Lz.	pp1d01, jobch00, spelltyp, beginn, end	„trifft nicht zu“	95,31
		„trifft zu“	4,69
Wiedereinsteiger/Lz.	pp1d01, jobch00, spelltyp, beginn, end	„trifft nicht zu“	97,93
		„trifft zu“	2,07
Bildung	casmin00	1a kein Abschluss	1,35
		1b „Hauptschulabschluss ohne Ausbildung“	6,78
		1c „Hauptschulabschluss und Ausbildung“	27,83
		2b „mittlere Reife ohne Ausbildung“	2,54
		2a „mittlere Reife und Ausbildung“	29,13
		2c_gen „(Fach-)Abitur ohne Ausbildung“	1,9
		2c_voc „(Fach-)Abitur und Ausbildung“	7,91
		3a „Fachhochschulabschluss“	6,73
		3b „Hochschulabschluss“	14,67
		keine Angabe	1,97
Haushaltskonstellation	qstell; h1110100; h1110200; qp10; qp5701; qp5702; qp5703	„mit Eltern“	6,49
		„mit nicht-erwerbstätigem Partner, ohne Kind“	10,09
		„mit erwerbstätigem Partner, ohne Kind“	25,44
		„mit nicht-erwerbstätigem Partner, mit Kind“	10,08
		„mit erwerbstätigem Partner, mit Kind“	25,78
		„alleinlebend“	19,53
		„alleinerziehend“	2,59
Sektoren	nace00	„Land- und Forstwirtschaft“ (nace 01, 02, 05)	1,46
		„Bergbau/ Energie“ (nace 10–14, 40, 41)	1,22
		„Grundstoffverarbeitung“ (nace 20–28, 37)	10,44
		„Investitionsgüter“ (nace 29–31, 33)	5,45
		„Verbrauchsgüter“ (nace 15–19, 32, 34–36)	6,99
		„Baugewerbe“ (nace 45)	7,26
		„Handel/ Reparatur“ (nace 50–52)	13,49
		„Verkehr/ Nachrichten“ (nace 60–64)	4,83
		„Kredit/ Versicherung“ (nace 65–67)	4,24
		„Dienste für Unternehmen“ (nace 70–74)	7,8
		„sonstige Dienste“ (nace 55, 80, 85, 90, 92, 93)	22,95
		„Nonprofit/ Verwaltung“ (nace 75 91 95)	9,69
		keine Angaben	4,57

Anmerkungen: * äquivalente Variablen anderer Jahre wurden ebenfalls zur Konzeptionalisierung für 2000 verwendet

Datenbasis: SOEP 1991–2006 (nur Erwerbstätige), eigene, gewichtete Berechnungen

Tabelle A2 Verwendete Makromerkmale, Quelle und Ausprägung auf Jahresbasis

Jahr	Arbeitslosenquote	Veränderung des BIP
1991	7,3	0,0
1992	8,5	2,2
1993	9,8	-0,8
1994	10,6	2,7
1995	10,4	1,9
1996	11,5	1,0
1997	12,7	1,8
1998	12,3	2,0
1999	11,7	2,0
2000	10,7	3,2
2001	10,4	1,2
2002	10,8	0,0
2003	11,6	-0,2
2004	11,7	1,1
2005	13,0	0,8
2006	12,0	2,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2008
Räth/Braakmann 2008

Literatur

- Andréß, H.-J. / Lohmann, H. (Hrsg.), 2008: *The Working Poor in Europe: Employment, Poverty and Globalisation*. Cheltenham: Elgar.
- Andréß, H.-J. / Seeck, T., 2007: Ist das Normalarbeitsverhältnis noch Armutsverhindernd? Erwerbstätigkeit in Zeiten deregulierter Arbeitsmärkte und des Umbaus sozialer Sicherungssysteme. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59: 459–492.
- Bäcker, G., 2006: Was heißt hier „geringfügig“? – Minijobs als wachsendes Segment prekärer Beschäftigung. *WSI. WSI Mitteilungen* 5.
- Becker, I., 2002: Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 71: 126–146.
- Becker, I. / Hauser, R., 2006: Verteilungseffekte der Hartz-IV-Reform: Ergebnisse von Simulationsanalysen. *Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung* 69. Berlin: Sigma.
- Bernholz, P. / Breyer, F., 1994: *Ökonomische Theorie der Politik. Grundlagen der politischen Ökonomie* 2. Tübingen: Mohr.
- Bispinck, R., 2008: Gespaltene Tarifentwicklung: Streiks um Tarifstandards und verschärfte Gewerkschaftskonkurrenz. *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI)*. Düsseldorf.
- Bispinck, R. / Schäfer, C., 2005: Niedriglöhne? Mindestlöhne! Verbreitung von Niedriglöhnen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. *Sozialer Fortschritt* 54: 20–31.
- Blossfeld, H.-P. / Mills, M., 2003: *Globalization, Uncertainty and Changes in Early Life Courses*. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 6: 189–218.
- Bundesagentur für Arbeit, 2008: *Arbeitsmarkt in Zahlen*. Nürnberg.
- Byrne, D., 2003: *The New Politics of the Welfare State*. *Work, Employment and Society* 17: 197–205.
- Clasen, J., 2005: *Reforming European Welfare States: Germany and the United Kingdom Compared*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, G., 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, G., 2000: *Social foundations of post-industrial economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Feil, M. / Tillmann, L. / Walwei, U., 2008: *Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nach der Wiedervereinigung*. *Zeitschrift für Sozialreform* 54: 161–185.
- Fritzsche, B. / Haisken-DeNew, J.P., 2004: *Lebensstandarddefizite bei erwerbstätigen Haushalten („Working Poor“)*. Essen: RWI, Projektberichte.
- Gangl, M., 2003: *Explaining Change in Early Career Outcomes: Labour Market Conditions, Educational Expansion, and Youth Cohort Sizes*. S. 251–276 in: W. Müller / M. Gangl (Hrsg.), *Transitions from Education to Work in Europe. The Integration of Youth into EU Labour Markets*. Oxford: Oxford University Press.
- Gangl, M., 2004: *Institutions and the Structure of Labour Market Matching in the United States and West Germany*. *European Sociological Review* 20: 171–187.
- Giesecke, J. / Groß, M., 2005: *Arbeitsmarktreformen und Ungleichheit*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16: 25–31.
- Giesecke, J. / Verwiebe, R., 2008: *Die Zunahme der Lohnungleichheit in der Bundesrepublik: Aktuelle Befunde für den Zeitraum von 1998 bis 2005*. *Zeitschrift für Soziologie* 37: 403–422.
- Gießelmann, M. / Lohmann, H., 2008: *The Different Roles of Low-Wage Work in Germany. Regional, Demographical and Temporal Variances in the Poverty Risk of Low-Paid Workers*. S. 96–123 in: H.-J. Andréß / H. Lohmann (Hrsg.), *The Working Poor in Europe. Employment, Poverty and Globalisation*. Cheltenham: Elgar.
- Görzig, B. / Gornig, M. / Werwatz, A., 2004: *East Germany's Wage Gap: A Non-Parametric Decomposition Based on Establishment Characteristics*. DIW (Berlin). Discussion Papers 451.
- Hanesch, W. / Krause, P. / Bäcker, G., 2000: *Armut und Ungleichheit in Deutschland: Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*. Hamburg: Rowohlt.
- Heinelt, H., 2003: *Arbeitsmarktpolitik – von „versorgen“ wohlfahrtsstaatlichen Interventionen zur „aktivierenden“ Beschäftigungsförderung*. S. 125–146 in: A. Gohr / M. Seeleib-Kaiser (Hrsg.), *Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Heinelt, H. / Weck, M., 1998: *Arbeitsmarktpolitik: Vom Vereinigungskonsens zur Standortdebatte*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hirschenauer, F. / Wießner, F., 2006: *Mehrfachbeschäfti-*

- gung – Ein Job ist nicht genug. IAB. IAB Kurzbericht 22. Nürnberg.
- Hurrell, A. / Woods, N., 1995: Globalisation and Inequality. *Millennium: Journal of International Studies* 24: 447–470.
- Kalina, T. / Weinkopf, C., 2006: Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigungen und Minijobs? Institut Arbeit und Technik. Gelsenkirchen: IAT-Report 3.
- Kaufmann, F.-X., 1997: Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Keller, B., 1999: Einführung in die Arbeitspolitik: Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt in sozialwissenschaftlicher Perspektive. München: Oldenbourg.
- Klenner, C., 2002: Geschlechtergleichheit in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33-34: 17–35.
- Koch, A. / Bäcker, G., 2003: Mit Mini- und Midi-Jobs aus der Arbeitslosigkeit? Die Neuregelung zur Beschäftigungsförderung im unteren Einkommensbereich. *Sozialer Fortschritt* 52: 95–102.
- Koch, S. / Walwei, U., 2005: Hartz IV – Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16: 10–17.
- Konietzka, D., 1998: Langfristige Wandlungstendenzen im Übergang von der Schule zum Beruf. *Soziale Welt* 49: 107–134.
- Lechert, Y. / Schroedter, J. / Lüttinger, P., 2006: Die Umsetzung der Bildungsklassifikation CASMIN für die Volkszählung 1970, die Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 und die Mikrozensus 1976–2004. Mannheim: Zuma, Zuma-Methodenbericht 12.
- Ludwig-Mayerhofer, W., 1992: Arbeitslosigkeit, Erwerbsarbeit und Armut. Längerfristige Armutsrisiken im Kontext von Haushalt und Sozialstruktur. S. 380–402 in: S. Leibfried / W. Voges (Hrsg.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mückenberger, U., 1985: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? *Zeitschrift für Sozialreform* 31: 415–434, 457–475.
- Müller, W. / Gangl, M., 2003: The Transition from School to Work: A European Perspective. S. 1–23 in: W. Müller / M. Gangl, (Hrsg.), *Transitions from Education to Work in Europe. The Integration of Youth into EU Labour Markets*. Oxford: Oxford University Press.
- Müller, W. / Pollak, R., 2004: Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten? S. 311–352 in: R. Becker / W. Lauterbach (Hrsg.), *Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*. Wiesbaden: VS.
- OECD, 1987: *Employment Outlook 1987*. Paris.
- OECD, 2004: *Employment Outlook 2004*. Paris.
- Oswald, A.J., 1985: The Economic Theory of Trade Unions. *Scandinavian Journal of Economics* 87: 160–193.
- Pischner, R., 2007: Die Querschnittsgewichtung und die Hochrechnungsfaktoren des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) ab Release 2007 (Welle w). Berlin: DIW.
- Rabe, B. / Schmid, G., 1999: Eine Frage der Balance: Reform der Arbeitsmarktpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37: 21–30.
- Räth, N. / Braakmann, A., 2008: *Bruttoinlandsprodukt 2007*. Statistisches Bundesamt. Wirtschaft und Statistik 1. Nürnberg.
- Rieger, E. / Leibfried, S., 1997: Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung. *Politische Vierteljahresshefte* 38: 771–796.
- Sachverständigenrat, 2002: *Jahresgutachten 2002/03: Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum*. Stuttgart.
- Scherer, S., 2001: Early Career Patterns: A Comparison of Great Britain and West Germany. *European Sociological Review* 17: 119–144.
- Sesselmeier, W. / Blauermel, G., 1997: *Arbeitsmarkttheorien – Ein Überblick*. Heidelberg: Physica.
- Seifert, H., 2005: Was bringen die Hartz-Gesetze? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17–24.
- Statacorp, 2005: *Stata Statistical Software: Release 9*. College Station, TX: StataCorp LP.
- Statistisches Bundesamt, 2003: *Klassifikation der Wirtschaftszweige: mit Erläuterungen*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt, 2008: *Atypische Beschäftigung auf dem Deutschen Arbeitsmarkt: Begleitmaterial zum Pressegespräch*. Wiesbaden.
- Steffen, J., 2008: *Sozialpolitische Chronik. Arbeitnehmerkammer Bremen*. Bremen.
- Strengmann-Kuhn, W., 2003: *Armut trotz Erwerbstätigkeit: Analysen und sozialpolitische Konsequenzen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Voss-Dahm, D., 2005: Verdrängen Minijobs „normale“ Beschäftigung? S. 232–246 in: Institut für Arbeit und Technik (Hrsg.), *Jahrbuch 2005*. Gelsenkirchen.
- Wooldridge, J.M., 2002: *Econometric Analysis of Cross Section and Panel Data*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- WSI (Hrsg.), 2003: *Kündigungsschutz – Was regeln die Tarifverträge? Kein Einstellungsrisiko für die Betriebe*. Düsseldorf: Presse Dienst.
- Zimmermann, K., 2005: Eine Zeitenwende am Arbeitsmarkt. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16: 3–5.
- Zohnhöfer, R., 2001: Parteien, Vetospieler und der Wettbewerb um Wählerstimmen. *Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Ära Kohl. Politische Vierteljahresschrift* 42: 655–682.

Autorenvorstellung

Marco Gießelmann, geb. 1975 in Bielefeld. Studium der Soziologie in Bielefeld und Essex (Großbritannien). Seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Arbeitsmarktpolitik, Methoden der empirischen Sozialforschung.

Wichtigste Publikationen: The economic consequences of partnership dissolution. A Comparative Analysis of Panel Studies from Five European Countries (mit H.-J. Andreß / B. Borgloh / M.Bröckel / D. Hummelsheim), ESR 22, 2006: 533–560 (ausgezeichnet mit dem 2007 Senior Price for the Best Scientific Publication in 2005–2006 based on German Socio-Economic Panel Data); The Different Roles of Low-Wage Work in Germany: Regional, Demographical and Temporal Variances in the Poverty Risk of Low-Paid Workers (mit H. Lohmann), in H.-J. Andreß / H. Lohmann (Hrsg.), The Working Poor in Europe. Employment, Poverty and Globalization. Cheltenham 2008.